

# Erscheinungsformen und Wesen des Imperialismus

von

Julius Gumpert - Berlin

## I. Erscheinungsformen des Imperialismus

Der Imperialismus — diesen Begriff zunächst in seiner allgemeinsten Bedeutung als staatliches und volkliches Ausdehnungsbestreben verstanden — war im Altertum offenbar etwas anderes als in der Neuzeit. Und selbst hier äußert er sich bei den „Weltmächten“ in so unterschiedlicher Weise, daß der Versuch gerechtfertigt erscheint — daß ein solcher notwendig ist, steht noch immer außer Frage —, sein Wesen aus der Gegenwart heraus zu erklären, die das Wort, seinem ursprünglichen Sinn (*imperium* = politische Oberherrschaft) den einen oder anderen hinzufügend, eigentlich erst hervorgebracht hat<sup>1</sup>. Wirft man einen Blick auf das Ganze, dann lassen sich unschwer einzelne Typen erkennen.

Großbritannien ist ohne Zweifel der geschichtliche Grundtyp des Imperialismus. Wie selbstverständlich und völlig undoktrinär verband es den von ihm ins Leben gerufenen Liberalismus der Wirtschaft mit dem Machtstreben des Staates. Als die „friedliche Artillerie der wohlfeilen Preise“, um ein Wort von K. Marx zu gebrauchen, an der Küste des Fernen Ostens versagte, erzwang die Artillerie seiner Schlachtschiffe im Opiumkrieg (1840/42) die Öffnung der chinesischen Häfen. Im Bunde mit Frankreich ebnete England in einem zweiten Kampfabschnitt (1857/60) dem europäischen Handel den Weg ins Innere des bisher verschlossenen Großreiches. Indien, ein Gebiet von ungleich größerer Bedeutung, wurde auf ähnliche Art zum wertvollsten Besitz der englischen Krone, was äußerlich dadurch zum Ausdruck kam, daß Königin Viktoria (1877) den Titel einer Kaiserin von Indien annahm. Um die Verbindungsstraße, das Mittelmeer, zu sichern, ließ die englische Regierung, im Besitze der Pforte von Gibraltar (1704) und der Stützpunkte Malta (1802) und Zypern (1878), 1832 Ägypten besetzen, nachdem sie einen großen Teil der franzö-

<sup>1</sup> Vgl. S. 90 ff.

sischen Suezkanal-Aktien erworben hatte. Auf die Kanadische Union von 1867 folgte 1901 die Zusammenfassung der australischen Kolonien zu einem einheitlichen Staatsgebilde mit dem Dominionstatus. In dem Bestreben, den Kolonialbesitz in Afrika „Vom Kap zum Nil“ abzurunden, wurde das Land in schweren Kämpfen gegen die einheimische Bevölkerung und die europäischen Siedler (Burenkriege) erobert. In der Folge wurden die drei südafrikanischen Kolonien Kapland, Natal, Transval und der Oranjefreistaat 1910 zur Südafrikanischen Union vereinigt. Die Lücke in diesem „Großraum“, die hauptsächlich durch Deutsch-Ostafrika gebildet wurde, konnte durch den Versailler Frieden (1919) geschlossen werden. Das Britische Imperium, das einer ganzen Epoche Namen und Ausdruck verlieh, war äußerlich vollendet.

In welchem Tempo und in welchem Ausmaß sich dieses Wachstum vollzog, ist vergleichsweise ersichtlich aus der folgenden Übersicht über die

#### Kolonialerwerbungen<sup>2</sup>

J a h r	Großbritannien		Frankreich		Deutschland	
	Fläche Millionen Quadratmeilen	Bevölkerg. Millionen	Fläche Millionen Quadratmeilen	Bevölkerg. Millionen	Fläche Millionen Quadratmeilen	Bevölkerg. Millionen
1815—1830	?	126,4	0,02	0,5	—	—
1860	2,5	145,1	0,2	3,4	—	—
1880	7,7	267,9	0,7	7,5	—	—
1899	9,3	309,0	3,7	56,4	1,0	14,7

Wie die Zahlen ausweisen, liegt der Schwerpunkt der imperialistischen Kolonialpolitik allgemein nach den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts. Genauer — da von allen Kolonialgebieten der Erde nur noch Afrika übrig bleibt, das 1876 erst zu etwa 10 vH besetzt ist — zwischen den 70er und 80er Jahren. Ein, zwei Jahrzehnte später, um 1900, ist die „Aufteilung der Welt“ vollzogen.

Will man die inneren Zusammenhänge einer Erscheinung ergründen, die wir, selbst heute noch unklar und höchst umstritten, als „Imperialismus“ bezeichnen, so halten wir uns am besten an die englische Geschichte, die Anschauungsmaterial die Fülle und wie kein anderes Land liefert. Um den Faden in der Gegenwart aufzunehmen, könnten wir an das vor nicht allzu langer Zeit zu Ende gegangene „Festival of Britain“, die Jahrhundertfeier der Londoner Weltausstellung von 1851 denken, die nicht nur eine gemeinsam veranstaltete Leistungs-

<sup>2</sup> Nach: „The History of Colonisation“, New York 1900. Zit. bei Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus, 1915. Vgl. Fußnote 100.

schau der Industriestaaten der Welt, sondern auch eine gemeinsame Manifestation gegen den Krieg war, der nur noch an den Randgebieten der Kultur möglich schien. Der damals vorherrschenden Neigung zu einer Verständigung und „Verbrüderung“ der Nationen entsprach die allgemeine Abneigung gegen jede Art von Militarismus, die insbesondere der liberale Führer Cobden in nicht mißzuverstehender und zuweilen aufreizender Weise zum Ausdruck zu bringen pflegte. Nicht zuletzt deshalb fand der von ihm 1860 abgeschlossene richtungweisende englisch-französische Handelsvertrag, der unter seinem Namen in die Geschichte eingegangen ist, so allgemeine Zustimmung, hoffte man doch, durch Übereinkommen dieser Art den nationalen Egoismus endgültig bannen zu können, was bei bewußter Abkehr von der merkantilistischen Staatspraxis in der gegenseitigen Zusicherung zum Ausdruck kam, jedes Land an den natürlichen Vorteilen des anderen teilhaben zu lassen.

Dieser Grundhaltung entsprechend, sahen die liberalen Regierungen der 50er, 60er Jahre ihre Aufgabe in einer möglichst großen Verselbständigung der Kolonien. Allerdings hatte sie ihre bestimmten Grenzen, wie sie in typischer Weise schon in dem Werke Ad. Smith<sup>3</sup> zum Ausdruck kamen. Kolonien, das war ein Ergebnis seiner Untersuchungen über den Volkswohlstand<sup>3</sup>, sind nichts als verlorenes Kapital, außer für jene „Monopolisten“, „denen es zu Hause nicht wohl ging“ und die deshalb ihr Geld lieber in diesem Geschäft anlegten. Wozu noch Kolonien unterhalten, wenn man die notwendigen Rohstoffe durch die handelsvertraglich gewährleistete „Offene Tür“ eines (scheinbar) für alle Zeit befriedeten Weltraumes zu den denkbar günstigsten Preisen gegen Industriewaren, also bei doppelten Gewinnchancen, erhalten konnte? War zudem durch den Abfall Amerikas von England im Jahre 1776 (und späterhin Argentiniens von Spanien, 1816, Brasiliens von Portugal, 1822) nicht auch der Beweis ihrer politischen Unbeständigkeit erbracht? Nur eine Nation, „deren Regierung in den Händen von Krämern ist“, werde unter solchen Umständen noch Kolonialpolitik treiben. „Nur solche Staatsmänner könnten sich einbilden, daß es vorteilhaft sei, Blut und Geld ihrer Mitbürger zu verschwenden, um solch ein Reich zu gründen und zu behaupten.“ An Stelle der politischen sollten seiner Ansicht nach nur noch vertragliche Bindungen bestehen. Und wenn man sich dieser Art trennte, „so könnte dieselbe mütterliche Liebe einerseits und die kindliche Achtung andererseits, die einst zwischen den griechischen Kolonien und ihren Mutterstädten bestand, zwischen Großbritannien und seinen Kolonien erwachen“. Das war das Urteil des National-

<sup>3</sup> Ad. Smith: „Wealth of Nations“, 4. Buch, Kapitel 7.

ökonomien; das Urteil des Psychologen und Politikers Smith, mit dem er seine Betrachtungen abschloß, lautete allerdings anders: „Noch nie gab ein Volk freiwillig die Herrschaft über eine Provinz auf . . . Kaum der schwärmerischste Enthusiast könnte daher eine solche Maßregel in der ernstesten Hoffnung, sie angenommen zu sehen, vorschlagen.“

Die Richtigkeit dieser Bedenken erwies sich praktisch in den 40er Jahren. Zwar gelang es dem Manchester-Liberalismus, der bedingungslosen Freihandelsrichtung, nach langjährigen organisierten Kämpfen der 1839 gegründeten „Anti-corn-law-league“ 1846 die Getreidezölle, wenn auch nicht kraft besserer Beweise, so durch Einwirkung höherer Gewalt, einer drohenden Hungersnot, zu Fall zu bringen. Als jedoch Cobden noch einen Schritt weiter ging und im Parlament die Aufgabe der Kolonien verlangte, wurde er von der gesamten Nation mit Einschluß der Arbeiterschaft im Stich gelassen.

Vermochte man also die Idee nicht bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, so ging man doch in der Gewährung des Selfgovernment und Responsible Government, in der Einräumung des Rechtes auf eigene Gesetzgebung und Verwaltung soweit wie nur möglich. Das hatte die Folge, daß auch die Kolonien das „Mutterland“ wirtschaftlich wie jedes beliebige fremde Land behandelten und sich durch einseitige Zolltarife gegen „unerwünschte“ Waren, aus welchem Lande sie auch kamen, sicherten. Eine neue Möglichkeit, von der Kanada erstmalig 1859 Gebrauch machte. Die Kehrseite bildete ein Beschluß des englischen Parlaments vom Jahre 1862, nach dem die Kolonien in Zukunft selbst für ihre Verteidigung zu sorgen hatten. In Verbindung damit wurden die Truppen zurückgezogen, die Kolonien 1865 zum Bau eigener Flotten ermächtigt. Grundsätzlich sollte überdies jede Neuerwerbung von Kolonien unterbleiben, wie eine mit Plänen zur Erschließung Zentralafrikas befaßte Unterhauskommission empfahl. Die Auflösung des Kolonialreiches schien sich nun doch von selbst zu vollziehen, wobei manche Politiker den Zeitpunkt kaum erwarten konnten, an dem sich der Staat der „Mühlsteine am Halse Englands“ zu entledigen vermochte. Zu jenen, die so sprachen, gehörte auch der konservative Politiker Disraeli, der wenige Jahre später unter dem Namen eines Lord Beaconsfield zum Begründer eines „Greater Britain“, eines größeren Englands, des Britischen Imperiums wurde.

Wie erklärt sich dieser überraschende und bezeichnende Wandel der politischen Ansichten, der zugleich einen Umschwung der öffentlichen Meinung darstellte? Die Antwort hierauf führt uns unmittelbar an das Problem heran, das in den Zeitumständen und offenbar in einer Kreuzung der politischen und wirtschaftlichen Interessen begründet liegt.

Unter seinem liberalen Vorgänger Gladstone, der ihn selbst 1868 abgelöst hatte, rügte der erste Imperialist die Phantasielosigkeit der britischen Außenpolitik. Seiner Meinung nach hätten — das Empire-Programm in der Nußschale — einheitliche Reichszolltarife, eine Reichsverteidigung und ein Reichsparlament geschaffen werden müssen, um den Zusammenhang zu stärken. Als er jedoch selbst wieder ans Ruder kam, wurde von diesen Reformplänen nicht mehr gesprochen, obwohl die außenpolitische Lage recht bedenklich war. Während England den tiefsten Stand seiner Weltgeltung erreicht zu haben schien<sup>4</sup>, festigte Deutschland im Siege über Frankreich und insbesondere durch den von der englischen Regierung mißbilligten Erwerb Elsaß-Lothringens seine Vormachtstellung auf dem Kontinent, drang Rußland weiter nach Südostasien vor, erzwang es die Öffnung der Dardanellen.

Entscheidend für die Gesamtpolitik jener Zeit aber, die man als den Beginn des Imperialismus bezeichnen muß<sup>5</sup>, war wohl etwas anderes: nämlich die Fortdauer der Weltwirtschaftskrise von 1873. Zwar zogen 1880 die Großhandelspreise geringfügig an, sanken aber alsbald noch tiefer ab. In einer solchen Depression, in der auch der Außenhandel zu verlieren pflegt, erschien eine Kolonialpolitik, ganz im Sinne der nationalökonomischen „Klassiker“, nicht nur nutzlos, sondern als unerlaubter Luxus. Und es war recht kennzeichnend, daß damals das Wort „Imperialismus“ — bevor es bald darauf der englische Geschichtsschreiber Carlyle in die Wissenschaft übernahm — zur Verspottung eines scheinbar überlebten Weltmachtstrebens napoleonischer Art und als eine zugkräftige negative Wahllosung gebraucht wurde, die nicht unwesentlich zum Siege der Liberalen über die Konservativen beitrug. Da man jedoch auf Grund der gemachten Erfahrungen aus einer gefühlsmäßigen Einstellung heraus auch jetzt nicht bereit war, die Auflösung des Kolonialreiches bewußt zu vollziehen, trieben die Dinge mit eigener Kraft weiter. Um militärische Niederlagen, wie sie im Kampf gegen die Buren (1881) und in der Sudanexpedition eingetreten waren, zu vermeiden, wurden die Liberalen notgedrungen zu Verfechtern einer Kolonialpolitik, mußten sie auch gegen ihre Anschauungen und Lehrmeinungen der Besetzung Ägyptens zustimmen. Dazu kam nun das Auftreten Deutschlands in Afrika. Wie die in Berlin abgehaltene Kongokonferenz (1884/85) zeigte, begann sich sogar so etwas wie eine koloniale Einheitsfront zwischen Deutschland und Frankreich gegen England abzubilden. Das waren bedrohliche Zeichen, die sich in dem 1883 erschienenen Buche Seeleys

<sup>4</sup> Vgl. S. 54.

<sup>5</sup> Vgl. S. 91.

„The Expansion of England“ zu der Forderung eines engeren kolonialen Zusammenschlusses verdichteten, wobei die verflossenen merkantilistischen Vorstellungen eine gewisse Wiederbelebung erfuhren.

Noch befindet sich dieses Streben sozusagen in seinem geistigen Urzustand. Aber nach einem kurzen Zwischenspiel des dritten Kabinetts Gladstone in der ersten Hälfte des Jahres 1886, das hauptsächlich innere Fragen, wie die irische Selbstverwaltung (Home Rule) auf die Tagesordnung setzt, bricht der Imperialismus nachhaltig durch. Sein Träger ist die zweite konservative Regierung Salisbury, die, in der zweiten Hälfte 1885 schon einmal am Ruder, im folgenden Jahre die Führung übernimmt.

Ein scheinbar willkürlicher, von rein parteipolitischen und parlamentarischen Regeln und Rücksichten bestimmter Zeitpunkt, der jedoch dadurch gekennzeichnet ist, daß die schon ein Jahrzehnt andauernde Wirtschaftskrise der Welt nun ihren tiefsten Stand überwunden hat und die Entwicklung von neuem aufwärts treibt: Erhöhter Einfuhrbedarf löst verstärkten Ausfuhrzwang aus. Die Konkurrenz um die Weltmärkte setzt sprunghaft ein:

#### Ausfuhr der Weltindustriemächte

	1884	1890	1900	1913	1884/1913
	Milliarden Mark				v. H.
Großbritannien	4,8	5,4	5,9	13,0	270
Verein. Staaten	3,1	3,6	5,8	10,4	340
Deutschland	3,2	3,3	4,6	10,1	320
Frankreich	2,6	3,0	3,3	5,5	210
Italien	0,9	0,7	1,1	2,0	220
Japan	0,1	0,2	0,4	1,3	1300

Allzu sicher in ihrem Besitz und ihrer Gläubigerstellung<sup>6</sup>, bemerkt die britische Nation mit wachsender Sorge, wie sich die Welt mit Konkurrenten füllt. Um ihren wirtschaftlichen Ansturm auf das eigene Land abzuwenden, erläßt die englische Regierung als erstes 1887 den „Merchandise Marks Act“. Mit seiner Hilfe hofft der englische Kaufmann, glaubt die englische Wirtschaft, sich der als besonders lästig empfundenen deutschen Konkurrenz entledigen zu können. Hielt man bisher aus Gründen, die in der Kennzeichnung der deutschen Waren als „billig und schlecht“ („cheap and nasty“) zum Ausdruck kam, einen solchen Selbstschutz für überflüssig, so geben die neuen Erzeugnisse davon Kenntnis, daß diese während der Krise aufgekommene Losung wieder fallen gelassen worden ist. Und so werden die für

<sup>6</sup> 1914 wurden die Auslandsanlagen Großbritanniens auf 70 Milliarden, Frankreichs auf 36 Milliarden, Deutschlands auf 24 Milliarden Mark geschätzt.

deutsche Exportgüter vorgeschriebenen Stempel „Made in Germany“ zu einer Empfehlung und die englischen Verbraucher zu Deutschlands besten Kunden<sup>7</sup>.

Aber nicht genug damit, beginnt die deutsche Industrie, organisatorisch und ideologisch gefördert durch den expansiven „Alldeutschen Verband“ und von Übersee darin unterstützt, den Generalangriff auf die wirtschaftliche Schlüsselstellung des britischen Reiches:

#### Entwicklung der Schwerindustrie der Welt

Jahr	Großbritannien	Deutschland	Vereinigte Staaten	Frankreich
	Millionen Tonnen			
	K o h l e			
1892	184,7	92,6	162,7	26,2
1902	230,7	150,6	273,6	30,0
1907	272,1	205,8	435,8	36,7
1913	292,0	277,3	517,1	40,9
	R o h e i s e n			
1889	8,5	4,5	7,7	1,7
1900	9,1	8,5	14,0	2,7
1903	9,1	10,0	18,3	2,8
1913	10,4	19,3	31,5	5,2

Um die Jahrhundertwende wird die eisenschaffende Industrie Englands von Deutschland und den Vereinigten Staaten überholt, während dieses Land auch in der Kohlenförderung einen alle überragenden Vorsprung gewinnt. Lag bereits darin eine Beeinträchtigung der politischen Weltgeltung Englands, so wurde sie noch vergrößert durch den wachsenden Anteil der jungen Weltmächte an den Seerüstungen, besonders auch, was für die britischen Weltverbindungen nicht weniger ausschlaggebend war, an der

#### Welthandelstonnage<sup>8</sup>

	1890	1900	1914	1950	1951	1890	1900	1914	1950	1951
	Millionen BRT					von Hundert				
British Empire	11,60	14,26	21,05	22,35	22,41	54,9	49,2	42,8	26,2	25,5
Vereinigte Staaten	1,82	2,04	2,97	25,57	25,36	8,6	7,0	6,1	30,0	28,8
Deutschland	1,58	2,65	5,46	0,46	1,64	7,4	9,1	11,1	0,5	1,2
Norwegen	1,51	1,64	2,51	5,46	5,82	7,5	5,7	5,1	6,4	6,6
Frankreich	1,05	1,35	2,32	3,21	3,37	5,0	4,7	4,7	3,8	3,8
Japan	0,14	0,49	1,71	1,87	2,18	0,7	1,7	3,5	2,2	2,5

<sup>7</sup> Von der deutschen Ausfuhr im Jahre 1913 (vgl. die Zahlenübersicht S. 54) gingen Waren im Werte von 1,4 Mrd. Mark nach Großbritannien; für den gleichen Betrag wurden in Rußland Rohstoffe gekauft, das dafür Fertigwaren zum Preise von 880 Mill. Mark aufnahm.

<sup>8</sup> Nach „Nauticus“ 1952/53.

Nun selbst auf einem Gebiete bedroht, wo das „Rule Britannia“ bisher unumschränkt gegolten hatte, aufs tiefste beunruhigt und als eine natürliche Reaktion, die in der Geschichte unter solchen Umständen immer wieder hervortritt<sup>9</sup>, zieht sich der angegriffene politische Körper zusammen, strafft sich das Empire für die Abwehr. Eine Abschlußpolitik, die „Splendid Isolation“ genannt wird. Ein entsprechender Vorgang vollzieht sich auf wirtschaftlichem Gebiet: Der Lösung „Trade follows the Flag“ entsprechend, ordnet sich die Wirtschaft dem „Primat der Politik“ unter, wobei das Hauptziel die Zusammenfassung aller Glieder des Reiches wird.

Auf Anregung der bereits seit einigen Jahren tätigen „Imperial Federation League“, einer Gesellschaft zur Förderung der Reichsinteressen, wird 1887 in London eine große Kolonialausstellung eröffnet und die erste britische Kolonialkonferenz abgehalten (die 1907 zu einer ständigen Einrichtung wird). Im Mittelpunkt der Erörterungen steht, neben der Frage der gemeinsamen Verteidigung, die Wirtschaftseinheit des Empire, also die alte Autarkietendenz. Neuzeitlich aufgemacht, findet sie ihre Begründung in der neuen wirtschaftspolitischen Konzeption, daß nur „abhängige Gebiete“ niemals in die Versuchung kommen würden, der englischen Industrie die Tore zu verschließen und damit der im raschen Ansteigen begriffenen Bevölkerung<sup>10</sup> die Existenzgrundlage zu entziehen. Daß sie in jeder Hinsicht als unzureichend empfunden wird, bezeugt der große Strom von Auswanderern, der sich kennzeichnenderweise zum weitaus größten Teil in die USA ergießt, während das Empire und die übrige Welt in den 80er, 90er Jahren zusammen nur etwa die Hälfte von ihnen aufnehmen<sup>11</sup>. Das hindert nicht, daß die koloniale Expansionspolitik verstärkt fortgesetzt wird, die jetzt sogar als eine Pflicht, als „des weißen Mannes Last“ proklamiert wird, der dafür zu sorgen habe, daß den in Unwissenheit dahinlebenden farbigen Völkern endlich die Erleuchtung gebracht werde.

Um die große Vision eines abgeschlossenen, in sich ruhenden Reichsverbandes zu verwirklichen, wird erwogen, von allen in das Empire eingeführten Waren einen Zollzuschlag zu erheben, Einfuhren aus dem Mutterlande dagegen Zollvergünstigungen zu gewähren. Da die Meistbegünstigungsklausel der laufenden Handelsverträge solche

<sup>9</sup> Vgl. S. 65.

<sup>10</sup> Vgl. die Zahlenübersicht S. 60.

<sup>11</sup> Genaue Angaben über die englische Auswanderung im ganzen sind vor 1912 nicht möglich, da erst seit diesem Jahre eine genaue Statistik geführt wird. Für 1913 verzeichnet sie einen Auswanderungsüberschuß von 304 000 Menschen. Vgl. Artikel „Bevölkerungswesen“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“.



Sonderevereinbarungen unmöglich macht, wird ihre Kündigung erzwungen. Angesichts des verschärften Wettbewerbs, in den sich mehr und mehr „diskriminierende Methoden“ wie das Dumping und Ähnliches mischen, gewinnt der Kampfzoll Bedeutung, zu dessen öffentlicher Propagierung sich eine „Fair Trade League“ bildet.

Praktisch sind jedoch diese Pläne ohne Belang. Vor allem erscheinen die Interessen der Reichsglieder so wenig einheitlich, daß alle Verständigungsversuche fehlschlagen. Deshalb empfindet man es als eine wirkliche Erleichterung, daß der Außenhandelsdruck — es sind die Jahre einer neuen schwachen Depression, die von 1892 bis 1895 dauert — nachläßt. Wieder sind es die Liberalen, die Kabinette Gladstone (das vierte dieses Namens) und Rosebery, die sich in dieser Zeit von der Empirepolitik ab und der noch immer ungelösten Irischen Frage zuwenden.

Aber dann, nach dieser letzten Atempause, als die sich der scheinbare Ruhezustand erweist, bricht der Sturm, von einer neuen Konjunktur angekündigt, mit nie dagewesener Gewalt los. England erkennt, daß es für sich allein und selbst in Verbindung mit dem Empire zu schwach ist. Notgedrungen tritt es aus seiner selbstgewählten Isolation, die es sich vor dem Zusammenprall der Weltmächte glaubte leisten zu können, heraus und schaltet sich in das auf dem europäischen Kontinent bestehende Blocksystem ein. Von seinen Kolonial- und Weltinteressen bestimmt, die es zu dieser Zeit vor allem in Asien von der russischen Expansion bedroht sieht, schließt es zunächst 1902, um ein Gegengewicht zu bilden, ein Bündnis mit der „ersten farbigen Großmacht“, mit Japan. Der entscheidende Gesichtspunkt ist jedoch das „Europäische Gleichgewicht“ („Balance of power“), das sich dank der Vielzahl und Tüchtigkeit seiner Bevölkerung mehr und mehr zugunsten Deutschlands neigt. 1904 entsteht, nach Bereinigung der kolonialen Streitpunkte, die „Entente cordiale“ zwischen Frankreich und England, der 1907 das englisch-russische Bündnis, die „Triple Entente“ folgt. Dadurch gerät Deutschland, der „Hauptunruhestifter“, in eine verhängnisvolle weltpolitische Zange.

Nachdem die englischen Liberalen unter der nun schon zur Gewohnheit gewordenen konservativen Wahllosung einer „starken“ Empirepolitik und mit Berufung auf koloniale Rückschläge, diesmal im Bau der strategischen Kap-Kairo-Bahn und im oberen Niltal, gestürzt sind, erlebt der Imperialismus, getragen von den Wogen eines zwei Jahrzehnte anhaltenden weltwirtschaftlichen Aufschwunges ohne gleichen unter der Führung Jos. Chamberlains seinen Höhepunkt:

Imperialismus ist jetzt in allen Ländern<sup>12</sup> nicht mehr bloßer Aus-

<sup>12</sup> Vgl. S. 59, 64, 68, 75.

dehnungsdrang, sondern „kultureller Fortschritt“ schlechthin. Alle Leidenschaften sind aufgewühlt. Alle Kräfte der Nationen werden mobil gemacht. Haß und Mißgunst wachsen und verhärten allenthalben das Leben der Völker untereinander und in allen Bereichen. Selbst die Kunst, die einen Zug zum Nüchternen (Expressionismus und Realismus) bekommt, bleibt davon nicht unberührt. Und selbstverständlich erst recht nicht die Philosophie, die, vom Papst 1891 mit seiner Enzyklika „Rerum novarum“ in die Schranken gewiesen, ihre gewaltsamen Theorien vom „Übermenschen“, von der Notwendigkeit der Massenvernichtung der „Mißbratenen“, der Ethik der Macht, die „Jenseits von Gut und Böse“ sei, entwickelt.

„Der Geist des Landes“, so verkündet kurz vor der Katastrophe der führende Politiker, zugleich Handelsminister und Vertreter „der größten der herrschenden Rassen“ (der gegenüber die slawische Rasse mit ähnlichen Ansprüchen auftritt), „wird die Stärke haben, die Mission zu vollenden, die uns unsere Geschichte und unser nationaler Charakter auferlegt haben“.

Die Grundvoraussetzung hierfür zu schaffen, den britischen Reichsverein zu einem Reichswirtschaftsverein auszubauen, gelang jedoch auch zu dieser Zeit nicht. Zwar räumten einige Kolonien, voran Kanada (1897), von sich aus dem Mutterlande beträchtliche Zollvergünstigungen (durchschnittlich ein Drittel) ein, wodurch die Konkurrenz der anderen Industriemächte, besonders der Vereinigten Staaten, nicht unwesentlich beeinträchtigt wurde, während England seine Ausfuhr nach Kanada in wenigen Jahren verdoppeln konnte (auf 10 Millionen Pfund im Jahre 1902). Von einem gleichmäßigen und zielbewußten Vorgehen konnte dabei jedoch keine Rede sein.

Gerade das Beispiel Englands zeigt, wie schwer, ja unmöglich es unter Umständen ist, Grundsätze der Produktivität und Wirtschaftlichkeit zugunsten entgegenstehender politischer Pläne, sofern sie nicht gleichfalls lebensnotwendig und lebensgerecht sind, zu beschneiden. England war durch die Freihandelsprinzipien der Weltwirtschaft groß geworden. In der von ihnen erzeugten frischen Zugluft vermochten sich, im Gegensatz zu der protektionistischen kontinentalen, nordamerikanischen und ostasiatischen Wirtschaftsgruppe<sup>13</sup>, Monopole größeren Stiles (bis zur Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre) nicht zu entwickeln. In mancher Hinsicht, besonders in der internationalen Konkurrenz, war das mitunter ein Nachteil, der jedoch durch die Vorteile einer weltoffenen Wirtschaftspolitik<sup>14</sup> ausgeglichen wurde. Sie

<sup>13</sup> Vgl. S. 65, 73, 74.

<sup>14</sup> Vgl. Fußnote 41.

kam vor allem darin zum Ausdruck, daß sich zwischen 1899 und 1913 die Gesamteinfuhren der Kolonien<sup>15</sup> — allen Empire-Plänen entgegen — aus England um 73 vH, aus fremden Ländern dagegen um 140 vH vergrößerten, während sich ihr Absatz nach England um 122 vH, nach anderen Ländern aber um 170 vH steigerte. Mit anderen Worten: Das britische Weltreich erwies sich als zu klein, um für sich bestehen zu können. Auch England war auf die Welt angewiesen, die 1913 vier Fünftel seines Einfuhrbedarfs lieferte, während sich die eigenen Kolonien in den Rest teilten. Dafür vermochte sie auch zwei Drittel der englischen Ausfuhr, das Reich dagegen nur ein Drittel aufzunehmen. Das war es, was den englischen Premier auf der letzten Reichskonferenz vor dem Kriege zu der Feststellung veranlaßte, die eine Fülle fehlgeschlagener Hoffnungen und Wünsche begrub: „In politischen Dingen sind England und die Dominions Herren im eigenen Haus und müssen es bleiben. Jeder sich selbst regierende Staat im Reich muß die Wirtschaftspolitik treiben, die nach der Meinung der Majorität seiner Bürger zu den Bedürfnissen des eigenen Landes am besten paßt.“

Dabei war man ganz allgemein bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft hinein — in England bildete sie erst sehr spät, 1893, eine eigene Partei („Independent Labour Party“), während sie in diesem Jahre bereits zur stärksten politischen Gruppe im Reichstage aufrückte — von der Notwendigkeit des Kolonialbesitzes überzeugt<sup>16</sup>. Aber der Preis, den man für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß, für eine politische Weltwirtschaft zu zahlen gehabt hätte, nämlich die Preisgabe des Freihandels und als Folge dessen die Verteuerung der Lebenshaltung wurde doch als zu hoch angesehen oder dunkel empfunden. Und daran scheiterten letztlich alle Pläne, das größte Reich der Erde, das sich auf 40 Millionen qkm mit 500 Millionen Menschen (einem Viertel der Weltbevölkerung) über alle Kontinente ausdehnte, vollkommen zu vereinigen und zu vereinheitlichen.

Diese Raumfrage, das Kernproblem des Imperialismus, stellt sich überall. Besonders schwierig bei einer bestimmten Gruppe von Staaten, deren Lage dadurch gekennzeichnet ist, daß sie von Beginn nicht zu den „Haves“, den Besitzenden, sondern zu den „Havenots“, den Besitzlosen gehören, während sie andererseits ein sogar noch stärkeres Bevölkerungswachstum aufzuweisen haben. Diese Staaten — es sind, der zunehmenden Geburtenstärke nach geordnet, Italien, Japan und Deutschland — verkörpern den v o l k h a f t e n T y p des Imperialis-

<sup>15</sup> Nach Sombart: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, Bd. I, S. 70/71.

<sup>16</sup> Die Halbierung der sozialistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 hatte ihre wesentliche Ursache in der Kolonialfrage.

mus. Zur Veranschaulichung dessen wollen wir an dieser Stelle einen Blick werfen auf die allgemeine und durchschnittliche

### Bevölkerungszunahme

	1880	1910	1880/1910
	in Millionen		v. H.
Deutschland	45	65	43,5
Japan	36	51	41,9
Großbritannien	35	45	29,1
Italien	28	35	21,8
Frankreich	37	40	5,1
Neuseeland	0,5	1	105,7
Australien	2	4	98
Vereinigte Staaten	50	92	83,4

Italiens Wachstum kam nicht ganz an das der übrigen Großmächte heran; 1901/10 ergab sich auf 1000 Einwohner ein Geburtenüberschuß von 11,1 (in Deutschland 14,2, in England 11,8, in Frankreich 1,2). Dafür verfügte es aber auch nur über einen unterdurchschnittlichen Staatsraum, der 310 000 qkm umspannte. Diese und andere Gründe, insbesondere das Fehlen von Rohstoffen, verzögerten die industrielle Entfaltung des Landes. 1911 waren von 16 Millionen Beschäftigten noch 9 Millionen in der Landwirtschaft und nur 5 Millionen in der Industrie tätig. Diese Verhältnisse, durch eine unzureichende Wirtschaftspolitik verschärft<sup>17</sup>, spiegeln sich deutlich in der Handelsbilanz wider, in der im Jahresdurchschnitt 1910/14 Halb- und Fertigwaren über 40 vH, Rohstoffe dagegen nur 38 vH und Nahrungsmittel rd. 20 vH der Gesamteinfuhr ausmachten. Die dauernde starke Passivität der Handelsbilanz, die sich daraus ergab, wurde hauptsächlich durch Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, aber auch mit Hilfe von Ersparnissen der Auswanderer abgedeckt.

Als weitere Folge dieser Zwangslage hatte die Auswanderung seit langem ein erhebliches Maß angenommen. Hauptsächlich richtete sie sich nach den überseeischen Gebieten. 1910 lebten von den 5,6 Millionen Italienern, die im Auslande gezählt wurden, 4,5 Millionen in Amerika, und allein in diesem zu Ende gegangenen Jahrzehnt wandten sich 2 Millionen nach den Vereinigten Staaten. Um diese Wanderungsverluste abzufangen und für sie einen eigenen Raum zu schaffen, wurde die Außenpolitik Italiens hauptsächlich auf Landerwerb am

<sup>17</sup> Besonders der Süden des Landes mit seinen Latifundien bildete einen dauernden Unruheherd, aus dem politische Bewegungen wie die Fasci rivoluzionari, die ländlichen Vorläufer des Faschismus, hervorgingen.

„*Maro nostro*“, wie es das Mittelmeer bezeichnete, abgestellt, wobei die Bündnispolitik, je nach den augenblicklichen Erfolgsaussichten, zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland schwankte.

Nach der 1881 französischerseits erfolgten Besetzung Tunesiens, das unmittelbar vor den Toren des apenninischen Staates lag, kehrte sich Italien ab und schloß mit Deutschland und Österreich, die sich 1879 zum Zweibund vereinigt hatten, 1882 den Dreibund. War auch dieses Bündnis durch Gebietsansprüche belastet, weil Italien auf die „un-erlösten“ unter österreichischer Herrschaft stehenden Grenzgebiete Anspruch erhob („Irredentismus“), so vermochte es sich andererseits unter seinem Schutze an der Somaliküste festzusetzen und Abessinien, einem wirtschaftlich wichtigen Gebiet, einen Protektoratsvertrag aufzuzwingen (1889). Da es jedoch nicht gelang, den Widerstand dieses Landes zu brechen, scheiterte schließlich eine groß angelegte Kolonialpolitik. In den Jahren, als Abessinien nach schweren Kämpfen seine Unabhängigkeit wiedererrang (1896), wandte sich Italien erneut Frankreich zu. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die Annäherung durch Beendigung eines langen Zollkrieges und den Abschluß eines Handelsvertrages vorbereitet. Wie weit die politischen Bindungen reichten, zeigte sich auf der Konferenz von Algeciras (1906) über die Marokkofrage, wo Italien offen die Ansprüche Frankreichs gegen das verbündete Deutschland unterstützte. Noch deutlicher wurde sie durch andere „Extratouren“, insbesondere die Kriegserklärung Italiens an die mit Deutschland befreundete Türkei (1911), die im nächsten Jahr als Besiegter das für die Besiedelung allerdings wenig geeignete Libyen abtrat.

Als der Weltkrieg ausbrach, sah Italien „den Bündnisfall nicht geben“ und erklärte sich zunächst für neutral, um ein Jahr später, und zwar zum Preise kolonialer Zugeständnisse, an die Seite der Alliierten zu treten. Auf den gegebenen Versprechungen fußend, gelang es dem Faschismus später, lange gehegte Pläne in die Tat umzusetzen und ein großes Kolonialreich zu schaffen, das nach der allgemeinen Abkehr von den liberalen Handelsprinzipien mit einem besonderen Zollschatz umgeben wurde. Der zweite Weltkrieg verkündete das Ende dieses neuen „*Imperium Romanum*“ (und zugleich das Ende der Kolonialpolitik überhaupt).

J a p a n, ein Land von der Größe Italiens, noch gebirgiger (nur ein Fünftel ist anbaufähiges Ackerland), noch mehr durch sein Insel-dasein bestimmt, wies die gleiche Geburtenstärke auf; trotz unverhältnismäßig hoher Sterblichkeit betrug der Geburtenüberschuß 1901/1910 11,3 je 1000 Einwohner. Dieser Bevölkerungsdruck wirkte um so unmittelbarer, als das Auswanderungsventil versagte. So unter-

schiedlich nämlich Land und Leute auch heute noch beurteilt werden, darin besteht weitgehende Übereinstimmung, daß der Japaner kein Auswanderer im eigentlichen Sinne ist; er geht mit der Absicht ins Ausland, tunlichst bald mit seinen Ersparnissen zurückkehren zu können. Daraus erklärt sich, wenigstens zum Teil, die auffällige Erscheinung, daß die jährliche Auswanderung vor dem Kriege<sup>18</sup> nicht viel mehr als 10 000 Menschen (1912 = 13 000) erfaßte<sup>19</sup>.

Dieses außerordentlich starke Verwurzelte sein im Lande macht auch eine andere geschichtliche Absonderlichkeit verständlich, nämlich die Tatsache, daß Japan mehr als zweihundert Jahre, von 1637 bis 1853, als eine amerikanische Flotte die Öffnung der Häfen erzwang, ein verbotenes Land mit vollkommener Autarkie sein konnte. Zunächst schien die Wirkung dieses von außen kommenden Zwangseingriffs keine andere als ein verstärkter Fremdenhaß zu sein, der 1864 zu einem erneuten Vorgehen einer vereinigten englisch-französisch-holländisch-amerikanischen Flotte führte. Und doch ist kein Zweifel, daß diese Autarkie auch ohne diesen Zwang, rein aus innerer Notwendigkeit eines Tages hätte aufgegeben werden müssen, und zwar als Folge des Bevölkerungswachstums, das selbst unter ungünstigsten Lebensbedingungen eintritt. Die starke Mißstimmung, die sich besonders seit Beginn des 19. Jahrhunderts gegen die mittelalterliche Feudalherrschaft der Tokugawa-Shogune und ihre starre Klassenscheidung mit Kaufleuten und Handwerkern als dem untersten, Offizieren und Beamten als dem höchsten Rang bemerkbar machte, zeigte, daß die sozialen Spannungen dem kritischen Punkte nahe gekommen waren.

In die Weltwirtschaft einbezogen, entschloß sich Japan zu einer anfangs zögernden, späterhin jedoch energisch verfolgten Industrialisierung als der einzigen Möglichkeit zur Lösung der neuen sozialen Probleme. Im Gegensatz zu den westlichen Industrieländern und bei dem geschichtlich bedingten Mangel an Privatinitiative bildete der Staat die treibende Kraft auch auf dem Gebiete der Wirtschaft. Kein anderes Land hat deshalb eine so ausgeprägte Etatisierung — Sozialisierung ist hier nicht der richtige Ausdruck — aufzuweisen wie gerade Japan.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet heben sich deutlich zwei Phasen ab. Die erste dauert von 1868 bis 1894. Zugleich mit der Schaffung eines starken zentralisierten Einheitsstaates (1889 wurde nach preußischem Vorbild die konstitutionelle Monarchie eingeführt) ging die Regierung des Tenno, indem sie Lehrer des Auslandes heranzog, seine Technik und teilweise sogar seine Gesetze übernahm, an den Eisen-

---

<sup>18</sup> Nach „Japan Chronicle“.

<sup>19</sup> Vgl. S. 56, 70, 72.

bahn- und Schiffbau heran; sie gründete Berg- und Hüttenwerke und Textilfabriken. Da diese Unternehmungen hauptsächlich durch Geldschöpfung finanziert wurden, war der Staat 1883, indem er einen starken Währungsschnitt führte, gezwungen, einen Teil der Werke an private Unternehmer zu verkaufen. Die staatliche Einwirkung erlitt dadurch jedoch nur wenig Einbuße, weil sich aus den genannten Gründen die Unterstützung durch Subventionen (die noch heute in weitem Umfange üblich sind) nicht umgehen ließ.

War dies bisher das einzige Mittel der Förderung und des „Schutzes“ der Industrie, so ergab sich 1894, bei Beginn des zweiten wirtschaftspolitischen Abschnittes, der Japan mit Zuerkennung der Zolltarifautonomie — die unter ähnlichen Meinungsverschiedenheiten ausgesprochen wurde, wie sie heute innerhalb des GATT hinsichtlich der Aufnahme Nippons bestehen — die volle Gleichberechtigung brachte, eine neue Möglichkeit. Um die Jahrhundertwende ging auch Japan zum Protektionismus über. Er erstreckte sich nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf die Landwirtschaft, die 1913 noch etwa die Hälfte der Bevölkerung beschäftigte und zu deren Gunsten erstmalig die Lebensmittel mit Zöllen belastet wurden. In Verbindung mit diesen Maßnahmen und mehr oder weniger gezwungen, wandte sich Japan nun in entschiedener Weise nach außen: ein, zwei Menschenalter waren vergangen seit der Öffnung des Landes und der Verkündung der „Neuen Ära“, und die japanische Industrie trat, von der Konkurrenz als „Gelbe Gefahr“ bezeichnet, auf den Weltmärkten<sup>20</sup> und als imperialistische Macht hervor. 1876 faßte Japan Fuß auf dem asiatischen Festlande, wo das geographisch und klimatisch günstig gelegene Korea die Aufmerksamkeit auf sich zog. Im Chinesisch-japanischen Kriege (1894/95) mußte das Reich der Mitte die „Unabhängigkeit“ Koreas anerkennen und Formosa an Japan abtreten.

Diese Bezeichnung Chinas erlangte dadurch eine gewisse weltpolitische Bedeutung, daß es gleichen Angriffen von Westen her ausgesetzt war, die 1900 zur Besetzung der Mandschurei durch Rußland führten. Diese Durchkreuzung der „Interessensphären“ war der Grund zum Kriege (1904/05) und zu dem unter „wohlwollender Neutralität“ Englands errungenen überraschenden Siege Japans über Rußland. Der Friedensschluß bestätigte seine vorherrschende Stellung in Korea. Die Mandschurei wurde russisch-japanisches Interessengebiet. Bei fehlgeschlagenen Kontributionsforderungen erhielt Japan ferner die Südhälfte von Sachalin und vor allem den wichtigen Hafen Port Arthur, um den es im Kriege gegen China infolge des Einspruchs Rußlands, Deutschlands und Frankreichs gekommen war. 1910 ging Japan einen

<sup>20</sup> Vgl. die Zahlenübersicht S. 54.

Schritt weiter, indem es Korea, die Protektoratsverfassung aufhebend, annektierte.

Die gleichzeitig aus Ost und West vorgetriebene „Pénétration pacifique“, die „friedliche, handelsmäßige Durchdringung“ Chinas, führte schließlich zu einer Aufteilung der Mandschurei in einen nördlichen, russischen und einen südlichen, japanischen Vorraum, wodurch sich beide Staaten, vor allem aber Japan, wichtige Rohstoffgebiete und Absatzmärkte sichern konnten, deren Bedeutung aus dem folgenden Gesamtüberblick ersichtlich ist:

**Japanischer Außenhandel<sup>21</sup>  
1913**

	Einfuhr	Ausfuhr
	Millionen Mark	
Insgesamt	1526,0	1323,1
Asien	728,1	577,2
davon:		
China	128,1	323,5
Europa	460,9	308,0
davon:		
Großbritannien	256,8	68,8
Deutschland	143,1	27,5
Frankreich	12,2	126,0
Amerika	265,8	401,2
davon:		
Vereinigte Staaten	256,1	385,9

Weiterreichende Pläne, die im ersten Weltkriege unter der imperialistischen Losung „Asien den Asiaten“ von Japan in Angriff genommen wurden und die Schließung der „Offenen Tür“ in dieses Gebiet für die Verbündeten bezweckten, scheiterten jedoch und hatten nur vorübergehenden Erfolg. Nach dem Siege der Alliierten mußte Japan sein 21-Punkte-Programm, das es China in dieser Absicht 1915 auferlegt hatte, wieder rückgängig machen. Um so dringender stellte sich nun das bis heute noch nicht befriedigend gelöste japanische Bevölkerungsproblem. Einwanderungsländer wie Australien und die Vereinigten Staaten (Kalifornien) schlossen sich gegen die Japaner durch immer schärfer werdende Gesetze, die nach dem ersten Weltkriege die Form offener Verbote annahmen, mehr und mehr ab. Kein ge-

<sup>21</sup> „Wirtschaft und Statistik“ 1927, S. 586.



ringer Anlaß zu dem erneuten Versuche der Aufrichtung eines „Japanischen Imperiums“, das im zweiten Weltkriege zusammenbrach<sup>22</sup>.

Deutschland, im Gegensatz zu der Randlage Japans den Mittelpunkt eines politischen Spannungsfeldes erster Ordnung bildend, bezeichnete sich nach dem Kriege gegen Frankreich als „saturierter“ Staat. Es hatte, wie von seiten der Regierung verkündet wurde, keinerlei räumliche Forderungen mehr. Ziel seiner Politik war ausschließlich die Sicherung des Erreichten und der Aufbau im Innern, der durch die endlich erreichte nationale Einigung möglich und erforderlich wurde.

Das erwachte nationale Selbstbewußtsein, verstärkt durch die materiellen Erfolge, insbesondere den Erwerb des wichtigen Industrie- und Rohstoffgebietes Elsaß-Lothringen sowie die Kontribution — Frankreich hatte fünf Milliarden Goldfranken Kriegsentschädigung zu zahlen, die es rasch aufbrachte —, gaben der deutschen Wirtschaft einen starken, allzustarken Auftrieb. So endete, beeinflußt durch ähnliche Vorgänge in der übrigen Welt, die „Gründerzeit“<sup>23</sup> im Wirtschaftszusammenbruch des Jahres 1873. Wie üblich waren die Folgen der langanhaltenden Krise<sup>24</sup> Konkurse, Arbeitslosigkeit und Verarmung. Aber auch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen wiederholen sich seither in charakteristischer Weise: In der Krise besinnen sich die Industriemächte auf das alte Autarkieprinzip, ziehen sie sich nach Möglichkeit auf sich selbst zurück, um die vom Weltmarkte ausgehenden Störungen und Nachteile — seine Wohltaten sind in solchen Augenblicken vergessen — auf „souveräne“ Art abzuwehren.

Auf Anregung und Hilfeersuchen aus der Industrie leitete Bismarck 1879, seine eigenen wirtschaftsliberalen Ansichten ändernd, eine Politik des „Schutzes der Wirtschaft“ ein. Daß er dabei die Interessen des Staates keineswegs aus den Augen verlor, zeigte sich unter anderem darin, daß er den niedrigen Stand der Aktien der Verkehrsgesellschaften ausnutzte, um die preußischen Eisenbahnen zu verstaatlichen; wahrscheinlich kamen ihm auch die erhöhten Zölle als Mittel zur Stärkung der Reichsfinanzen nicht ungelegen.

Diese autonome Zollpolitik, die die liberale Handels- und Vertragspolitik der vorimperialistischen 60er Jahre ablöste, hatte eine nicht unbedenkliche Kehrseite. Sie bedeutete für die meisten Verbraucher,

---

<sup>22</sup> Gegenwärtig führt Japan eine amtlich geförderte einschneidende Geburtenkontrolle durch, die eine Entspannung erwarten läßt.

<sup>23</sup> 1872 wurden in Deutschland 500 Aktiengesellschaften mit 1,5 Mrd. Mark Kapital aufgemacht; 1874 betrug die Zahl der Gründungen nur noch 90 mit 0,1 Mrd. Mark Kapital.

<sup>24</sup> Vgl. S. 54.

also auch die Industrie selbst und vor allem für den Arbeiter, eine gewisse Verteuerung der Produktion bzw. der Lebenshaltung, die in der Krise auf sinkende Löhne und steigende Arbeitslosigkeit<sup>25</sup> traf. Dadurch wuchs die Unzufriedenheit, schwoh die „soziale Bewegung“ an. Ihrer politischen Organisation trat die Regierung 1878 mit dem „Sozialistengesetz“ entgegen, während sie die Arbeiter durch eine Sozialversicherung (Krankenversicherungsgesetz 1883, Unfallversicherungsgesetz 1884, Alters- und Invaliditätsgesetz 1889) zu versöhnen und für den Staat zu gewinnen hoffte.

Was das Zeitproblem, die durch die Umstände bedingte „Desintegration“, wie wir heute sagen, die tendenzielle weltwirtschaftliche Entflechtung betrifft, so wird man den „Schutz der heimischen Landwirtschaft“, die von einer „Überschwemmung“ durch überseeisches Getreide bedroht schien<sup>26</sup>, unter staatspolitischen, insbesondere kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten — die damals allerdings noch kaum erkannt wurden und in den Reichstagsdebatten auch keine Rolle spielten — dem Grunde nach gelten lassen müssen. Anders bei der Industrie. Was hier ein hochgradiges „Schutzbedürfnis“ entstehen ließ, war, wie sich bald ziemlich einwandfrei zeigte, weniger die Unterlegenheit auf den Weltmärkten als vor allem die Folge der Krise selbst, der die Industrie, und vor allem die Schwerindustrie, mit der Verteilung der schrumpfenden nationalen und internationalen Marktchancen unter die „Monopole“, Kartelle und Trusts, zu begegnen suchte.

Während dieser Kämpfe, in denen die Interessengegensätze quer durch alle gesellschaftlichen Schichtungen und „Klassen“ verliefen — 1895, als die Krise schon vergessen war, sonderte sich aus jenen Gründen der an dem Gedanken der Konkurrenzwirtschaft festhaltende „Bund der Industriellen“ von dem durch die Schwerindustrie geführten „Zentralverband“ ab —, erreichte die in Umwandlung begriffene deutsche Volkswirtschaft ein entscheidendes Stadium: Bei starkem Wachstum der Bevölkerung und ihrer Zusammenballung in den Industriezentren<sup>27</sup> war Deutschland in seinem vereinheitlichten Wirtschafts-

<sup>25</sup> Vgl. S. 71.

<sup>26</sup> 1872 betrug die nordamerikanische Getreideausfuhr etwa sieben Mill. dz, 1880 das Sechsfache.

<sup>27</sup> Lebten 1871 in Deutschland von der 41 Millionen zählenden Bevölkerung noch 26 Millionen oder 64 vH auf dem Lande, so waren es 1910 nur noch 40 vH; 60 vH der 65 Millionen Menschen wohnten in den Städten (über 2000 Einwohner). In ähnlicher Weise vollzog sich die Entwicklung in den anderen Industrieländern, am raschesten in den USA, wo sich die Stadtbevölkerung (von 2500 Menschen und mehr) in der genannten Zeit vervierfachte, von 10 Millionen auf 42 Millionen, bei einer Gesamtbewölkerung von 39 bzw. 92 Millionen.

gebiet aus einem Landwirtschaftsstaat zu einem überwiegenden Industriestaat geworden. Ein Vorgang, der sich auch in der Handelsbilanz ausdrückte. Während 1870 noch größere Mengen Getreide ausgeführt wurden, besonders nach England, bestand seit der Mitte der 70er Jahre die Einfuhr hauptsächlich aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

Aber nicht nur die Zusammensetzung, auch das Gewicht der Handelsbilanz verschob sich. Das war eine Erscheinung, die sich in England bereits seit der Mitte der 50er Jahre und in Deutschland nachhaltig um die 80er Jahre bemerkbar machte: die Handelsbilanz wurde dauernd und zunehmend passiv. D. h., der Einfuhrbedarf ist so groß geworden, daß die Industrieerzeugnisse nicht mehr ausreichen, um ihn zu decken und zu bezahlen. Die Industrieländer müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, weitere nationale Kräfte in Gestalt einer „unsichtbaren Ausfuhr“ in den Dienst des Auslandes stellen: Kapital-, Transport- und Vermittlungsleistungen aller Art sowie der Austausch von Kulturgütern sind die Zeichen wachsenden Reichtums der Nationen, aber auch einer immer enger werdenden Verflechtung in die Weltwirtschaft, die ihr Schicksal entscheidend bestimmt.

Das gilt — und diese Erkenntnis ist wichtig — nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Denn in den letzten beiden Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende erreichte die weltwirtschaftliche „Integration“ einen Grad, der selbst die Notautarkie des Staates „im Ernstfall“ und damit seine Souveränität an der Wurzel bedrohte. Die Sorge um die politische „Unabhängigkeit“ und gewisse gleichzeitig zu beobachtende Isolierung- und Absperrungstendenzen imperialer Märkte<sup>28</sup> lösten sowohl auf militärischer Seite<sup>29</sup> wie auf wirtschaftlicher Seite Warnrufe aus, unter deren Einwirkung Bismarck, nach dem Vorbilde anderer die Machtmittel des Staates in den Dienst der „Außenwirtschaft“ stellend, nach langem Zögern dem Erwerb von „Schutzgebieten“ (1884 Südwestafrika, Togo, Kamerun, Südseeinseln, 1885 Ostafrika) zustimmte. Daß es sich dabei nur um völlig unzureichende Notbehelfe handeln konnte, war auch die Ansicht seines Nachfolgers im Kanzleramt, des Generals Caprivi, dem gelegentlich einer Diskussion die Äußerung entschlüpfte, ihm könnte nichts Schlimmeres passieren, als daß ihm ganz Afrika geschenkt würde. Hingegen hielten seine zahlreichen Kritiker einen solchen Erwerb selbst unter großen Opfern für durchaus erwünscht,

<sup>28</sup> Vgl. S. 55 f., 63, 73.

<sup>29</sup> Seit Beginn der 80er Jahre forderte der deutsche Große Generalstab in immer dringender werdenden Berichten an die zuständigen Reichsministerien eine Überprüfung der nationalen Versorgungslage unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

während sie jene „manchesterliberale Haltung“ als Ursache anprangerten, weshalb Deutschland nur eine Welt-„Anschauung“, die anderen Großmächte aber die Welt gewannen<sup>30</sup>.

Unter dem Eindruck des nahen Endes der Kolonialpolitik vermögen wir heute mit Sicherheit zu sagen, daß Bismarck die Zusammenhänge instinktiv richtig erfaßte, wenn er, weit davon entfernt, das Ganze als eine Tragödie der verpaßten Gelegenheiten aufzufassen, in der das Ziel verfehlenden „Volk ohne Raum“-Politik des „Neuen Kurses“ keinen Ausweg, sondern nur politische Schwierigkeiten sah und die Meinung vertrat, daß sich das Schicksal Deutschlands nicht auf dem weiten Felde der „Weltpolitik“ entscheiden werde. Tatsächlich gingen bei der Überlegenheit Englands zur See die deutschen Kolonien, die überdies mit Rücksicht auf die internationalen Verträge (Kongoabkommen 1884/85) zur Verteidigung nicht eingerichtet und vorbereitet waren, bereits in den ersten Monaten des Krieges verloren. Und was die wirtschaftlichen Vorteile einer Kolonialpolitik betraf (auf ihre volkhafte Bedeutung kommen wir sogleich zu sprechen), so sind sie aus dem Anteil der deutschen Afrikakolonien am Gesamthandel des Reiches ablesbar, der 1913 knapp eine halbe Milliarde Mark, also zwei Prozent betrug<sup>31</sup>.

Es war schon so: Europa bildete das Feld, auf dem sich Deutschland politisch zu bewähren hatte. Aber dazu gehörte unbedingt — und das war das eigentlich Problematische an der Lage —, daß ihm die Versorgungsmöglichkeiten des Weltmarktes offen blieben. Wer aber hätte dafür garantieren mögen? Heute wissen wir, daß eine solche friedensmäßige Garantie — unter „wehrwirtschaftlichen“ Gesichtspunkten sahen die Dinge wieder etwas anders aus<sup>32</sup> — in dem Handelsbilanz-Automatismus des Weltmarktes selbst lag, der ein Land wie Deutschland einfach nicht entbehren oder ausschalten konnte, ohne daß dadurch das ganze „System“ zusammengebrochen wäre. Damals ließen jedoch die allseitig wachsenden Spannungen diese Gewißheit keineswegs als gegeben erscheinen, wohl aber das Gegenteil<sup>33</sup>.

Und so sehr wir geneigt sind, den sprunghaften „Imperialismus des deutschen Geistes“, wie ihn der junge Kaiser nannte, zu mißbilligen, so hatte er doch zum mindesten wirtschaftlich — und heute auch

<sup>30</sup> Das Wortspiel stammt von dem Kommunisten L. Trotzki.

<sup>31</sup> Vgl. S. 59 u. 73.

<sup>32</sup> Vgl. S. 78 ff.

<sup>33</sup> Selbst Schmoller, ein so entschiedener Gegner jedes Chauvinismus, äußerte die Überzeugung (vgl. Fußnote 36), daß die Überseemärkte nur im Schutze einer Kriegsflotte offen bleiben würden. Eine allgemein verbreitete Ansicht, zu der die erwähnten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Besitzenden (vgl. S. 56 ff., 73 und 74) entscheidend beitrugen.

politisch — nicht unrecht, wenn er die Meinung verfocht: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“. Daß diese Losung, zuweilen überspannt, ihre Wirkung auf die breiten Massen dennoch nicht verfehlte, zeigte sich besonders deutlich im August 1914<sup>34</sup>.

Hatte man bis dahin unentwegt an dem Glauben festgehalten, daß es nicht bis zum Äußersten kommen würde, so ließen es doch die unsicheren überseeischen Verbindungen geraten erscheinen, die Stellung in Europa nicht zu vernachlässigen, sondern auszubauen und zu festigen. Diesem Ziele diene in gewisser Hinsicht auch das Anfang der 90er Jahre geschaffene „System der mitteleuropäischen Handelsverträge“, an das 1894 Rußland angeschlossen wurde. Was diese Verträge besonders wertvoll machte, war ihre Langfristigkeit (wegen ihrer zwölfjährigen Laufzeit sprach man von einem handelspolitischen „Kometenjahr“), die der Wirtschaft eine sichere Rechnungsgrundlage gab<sup>35</sup>).

Um ein Gleiches auch auf dem Gebiete der Politik zu erreichen, richtete Deutschland seine Blicke besonders auf den Südostraum, den man auf der Landbrücke auch im Kriegsfall beherrschen konnte. Eingeleitet wurde dieser neue Abschnitt einer deutschen „Weltpolitik“ durch eine Rede des Kaisers, die er 1898 in Damaskus hielt, wo er sich als „Beschützer der mohammedanischen Welt“ einführte. An der auf deutsche Anregung und zum Teil mit deutschen Mitteln erbauten Bahn „Berlin-Bagdad“ entlang, die zugleich das Leitwort für diese Politik abgab und den gedachten Radius eines „Deutschen Wirtschaftsraumes“ bildete, sollte sich dieses neue „Einflußgebiet“ schließlich bis zum Persischen Golf und wenn möglich noch darüber hinaus erstrecken.

Was an diesem Raume neben seiner strategischen Lage besonders verlockend erschien, war außer seinen Bodenschätzen und reichen Landwirtschaftsgebieten vor allem die Möglichkeit der Siedelung, hatte doch ein Nationalökonom vom Range Fr. Lists das Land im Südosten als „das ideale Siedlungsland“ bezeichnet<sup>36</sup>. In Wirklichkeit war es

<sup>34</sup> Vgl. Fußnote 16.

<sup>35</sup> Welche Verschlechterung der Lage seither eingetreten ist, ermessen wir daraus, daß heute die Handelsverträge auf ein, zwei, höchstens drei Jahre abgeschlossen zu werden pflegen.

<sup>36</sup> Andere führende Nationalökonomien, wie Schmoller, sahen das ideale Siedlungsland in Südamerika. „Wir müssen um jeden Preis wünschen“, so schrieb er („Zwanzig Jahre deutscher Politik“, 1899), „daß in Südbrasilien ein deutsches Land von 20 bis 30 Millionen Deutschen im folgenden Jahrhundert entstehe [ihre Zahl beträgt heute bei einer Gesamtbevölkerung von rund 50 Millionen etwa eine Million]; einerlei, ob es ein Teil Brasiliens bleibt, ob es ein selbständiges Staatsgebilde wird . . .“

jedoch kaum mehr als eine Hoffnung, und keine ganz ungefährliche, womit Bismarck wiederum recht behielt, wenn er meinte, daß die ganze Orientpolitik „nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerischen Musketiers wert“ wäre. Tatsache war, daß Deutschland besonders auf dieser Linie immer mehr in die britische „Interessenzone“ hineingeriet — ohne, und das war das Entscheidende, das ersehnte Ziel zu erreichen.

Denn um Gebiete zu „erschließen“, dazu gehörte viel Kapital und nicht zuletzt auch ein fester Wille, der bereit war, auf vieles zu verzichten, was bei der materiellen Bereicherung des Lebens gern angenommene Bequemlichkeit und Gewohnheit geworden war. Ähnlich wie in anderen Staaten<sup>37</sup> fehlte es auch bei uns bald an diesem, bald an jenem. Und so zählte Deutschland (1913) in seinen gesamten überseeischen Besitzungen von der vierfachen Größe des Mutterlandes und einem Viertel seiner Einwohnerzahl 24 000 Deutsche<sup>38/39</sup> (im Südosten ging die Siedlung über Ansätze nicht hinaus) — bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von fast einer Million Menschen (1906 = 910 000)!

„Wir müssen Waren exportieren oder Menschen“, so bezeichnete der Nachfolger Bismarcks in treffender Form das Kernproblem des „Neuen Kurses“ und der gesamten imperialistischen Politik. Tatsächlich mußte man beides tun, und hätte es, wie ein Blick auf die Vorgänge im Auslande bewies<sup>40</sup>, auch bei wertvollerem Kolonialbesitz tun müssen. Fünf Millionen Menschen verlor Deutschland seit den 40er Jahren bis zum ersten Weltkriege auf diese Weise an das Ausland. Den Höhepunkt erreichte die Auswanderungswelle in den krisenhaften 80er Jahren. Unter der Losung „Mein Feld die Welt“, oder auch weniger hoffnungsvoll, wanderten 200 000 Menschen im Jahresdurchschnitt aus, kehrten um diese Zeit Massen „politisch Unzuverlässiger“, wie sie von amtlicher Seite genannt zu werden pflegten, der zu eng gewordenen Heimat den Rücken, um den jungen überseeischen Kulturstaaten als wertvolle Bereicherung für immer zu gehören.

Stärkster Einsatz auf dem Weltmarkte verwandelt jedoch allmählich diese Ströme von Menschen in zusätzliche Ströme von Waren und Kapital, die sich in derselben Richtung bewegen, so daß große Teile des deutschen Volkes von dem gleichen Schicksal verschont bleiben.

---

<sup>37</sup> Vgl. S. 56.

<sup>38</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914.

<sup>39</sup> Davon 6000 Wehrmachts- und Polizeiangehörige.

<sup>40</sup> Vgl. die Zahlenübersicht S. 50.

Damit ist ein entscheidender Schritt zum Besseren getan, zumal dadurch auch die Lebenshaltung gehoben wird<sup>41</sup>, ein Erfolg, der nicht zuletzt der liberalen Wirtschaft zu danken ist. Allerdings sind außer den wachsenden politischen Spannungen als Folge der Verschärfung der Konkurrenz auf den Weltmärkten auch gewisse wirtschaftliche Unzulänglichkeiten nicht zu übersehen. Eine im Jahre 1895 am Ende einer leichten Depression erstmalig von der Reichsregierung durchgeführte Untersuchung der Arbeitslosigkeit ergibt, daß im Sommer dieses Jahres 1,89 vH, im Winter 4,88 vH der Masse der Arbeiter und Angestellten ohne Beschäftigung sind. Was diese Zahlen, die die Arbeitsunfähigen wie üblich einschließen, bedeuten, erkennt man vielleicht am besten daraus, daß in der „sozialen Marktwirtschaft“ der durch den zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörten und wesentlich stärker übervölkerten Deutschen Bundesrepublik (im Monatsdurchschnitt 1953) rund 7,5 vH arbeitslos sind. Beidemale geht jedoch die Aufwärtsentwicklung weiterhin rasch voran. Um die Jahrhundertwende ist die deutsche Wirtschaft so erstarkt, daß sie die unter Zwang Entwichenen, soweit sie dazu bereit sind und nicht statt ihrer fremde Arbeitskräfte aufgenommen werden müssen, zurückholen kann: die deutsche Wanderungsbilanz wird aktiv.

Im Gegensatz zu dieser soeben besprochenen Staatengruppe stellen die übrigen Großmächte Sondertypen dar. Von ihnen kann Frankreich als der machtpolitisch-koloniale Typ angesprochen werden. Infolge seiner Geburtenschwäche<sup>42</sup> wies der Wirtschaftsraum in seiner natürlichen Ausgeglichenheit nicht die Spannungen und vor allem nicht die große Bevölkerungsdichte (73 je qkm) und Verstädterung auf, die den imperialistischen Mächten allgemein eigen war. Während 1910 in Deutschland etwa 60 vH der Bevölkerung in Städten (über 2000 Einwohner) lebten, waren es in Frankreich (1911) nur 44 vH der Gesamtbevölkerung von 40 Millionen. Allerdings nahm auch die Volkswirtschaft aus dem gleichen Grunde nicht denselben Aufschwung. Wie die Natur, so hielten sich Industrie und Landwirtschaft, was unter anderen Umständen als glücklich zu bezeichnen gewesen wäre, annähernd die Waage, wobei letztere als ungewöhnlicher Fall sogar noch ein leichtes Übergewicht verzeichnete; 1911 betrug die Zahl der beschäftigten Personen in der Landwirtschaft

<sup>41</sup> Zwischen 1850 und 1914 erzielten die Industrieländer annähernd übereinstimmend eine Verdoppelung der Reallöhne. Eine Leistung, die erst dann richtig gewürdigt wird, wenn man das starke Bevölkerungswachstum berücksichtigt, besonders in Deutschland und England. Für dieses Land lauten, nach Sombart, die Ziffern der Vorkriegsbasis 1850 = 49, 1913 = 100.

<sup>42</sup> 1901/10 betrug der durchschnittliche Geburtenüberschuß Frankreichs 1,2 auf 1000 Einwohner.

41,0 vH, in der Industrie rd. 36 vH<sup>43</sup>. Andererseits machte sich auf beiden Gebieten ein wachsender Arbeitermangel bemerkbar, der auch durch eine großzügige Einwanderungspolitik nur teilweise behoben werden konnte. Im letzten halben Jahrhundert vor dem ersten Weltkriege wies Frankreich, mit Ausnahme des Jahrfünfts von 1901 bis 1905, eine dauernde Mehreinwanderung auf. 1891—1905 belief sie sich auf 379 000 Menschen<sup>44</sup>. Welche Bedeutung diesem Faktor im Wirtschaftsleben Frankreichs insgesamt zukam, erweist die Bevölkerungsstatistik, die nach 1918 die Zahl der Ausländer mit 4,5 vH aller Beschäftigten angab.

Die Bevölkerungsfrage spielte auch in der französischen Außenpolitik eine bedeutsame Rolle, wenn auch in einem anderen Sinne als bei den übrigen Großmächten. Denn während es diesen darum ging, ihren Bevölkerungsüberschuß möglichst in eigenen Gebieten unterzubringen, erstrebte Frankreich, wie der Aufbau seines Besitztums erkennen läßt, die Herrschaft über volkreiche Länder. Ein Beweis besonderer Art dürfte auch darin zu sehen sein, daß selbst das französische Friedensheer etwa zur Hälfte aus Farbigen bestand. Dadurch wurde Frankreich eine imperialistische Politik, die ähnlich wie in England auf einer jahrhundertealten Tradition beruhte, eigentlich erst möglich. Ihr Schwerpunkt lag seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in Nordafrika, und ein „Nouvelle France“ ein „Großfrankreich von der Nordsee bis zum Äquator“ war das Ziel. Mit Einschluß der ehemaligen deutschen Kolonien Kamerun und Togo als Mandatsgebieten umfaßte es schließlich über 12 Millionen qkm und an die 60 Millionen farbige Einwohner, wodurch Frankreich zur zweitgrößten Kolonialmacht aufrückte.

Da jedoch die eigene Volksgrundlage schmal blieb (von der Gesamtbevölkerung der Kolonien waren nur 2,5 vH Franzosen), während sich die der anderen Großmächte ständig vergrößerte, entschloß sich Frankreich nach dem unglücklichen Faschodakonflikt um den Sudan (1898) und angesichts der allgemeinen Zuspitzung der Weltlage, mit Großbritannien die bereits erwähnte Entente cordiale (1904) einzugehen. Ursprünglich als Ausgleich gedacht, richtete sie sich zugleich gegen das erstarkende Deutschland, obwohl dieses, in der Absicht, dadurch den „Revanche“-Gedanken in Vergessenheit zu bringen, Frankreich zum Kolonialerwerb geradezu ermuntert hatte (1911 erhielt Deutschland dafür Neu-Kamerun, gegen Anerkennung der französischen Oberhoheit über Marokko).

---

<sup>43</sup> Lt. „Recensement général de la population“, 1921.

<sup>44</sup> Vgl. Artikel „Auswanderung“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“.



Versuchte Frankreich auf diese Weise seinen Kolonialbesitz politisch zu sichern, so war es bestrebt, ihn durch eine „Intégration coloniale“ auch wirtschaftlich zusammenzufassen. Die Möglichkeit hierzu wurde vor allem durch das 1892 eingeführte System der Doppeltarife (Minimal-, Maximaltarif) geschaffen. Es leitete zugleich eine hochprotektionistische Politik ein, von der Deutschland auf Grund einer im Frankfurter Frieden von 1871 vereinbarten gegenseitigen „ewigen Meistbegünstigung“ (die 1919 im Versailler Frieden zugunsten Frankreichs festgelegte Meistbegünstigung fand 1925 ihr Ende) ausgenommen war.

Durch diese Maßnahmen vermochte Frankreich, im Gegensatz zu dem am Freihandelsprinzip festhaltenden England<sup>45</sup>, die Kolonien enger an sich zu binden. Statistisch kam das darin zum Ausdruck, daß das französische Kolonialreich 1913 seine Einfuhren zu mehr als 60 vH im Mutterland deckte und etwa die Hälfte seiner Ausfuhren dahin abgab. Umgekehrt sah das Bild allerdings weniger günstig aus. An der französischen Gesamteinfuhr von 8,5 Mrd. Goldfracs waren die eigenen Kolonien nur mit 9,5 vH, an der Ausfuhr von rd. 7 Mrd. Goldfracs mit 13 vH beteiligt<sup>46</sup>. Das dauernd bestehende geringfügige Handelsbilanzdefizit bildete für Frankreich kein Problem, war es doch (nach England) der zweite Weltbankier. Rund 40 Mrd. Mark oder 13 vH seines Volksvermögens waren vor dem ersten Weltkriege, zugleich politischen Zwecken dienend, im Auslande angelegt<sup>47</sup>.

Die Vereinigten Staaten galten allgemein als der finanzpolitische Typ eines („Dollar“-) Imperialismus. Infolgedessen oder auch als Ursache dessen waren ihre „Außenbesitzungen“ verhältnismäßig gering; sie machten nicht mehr als 3 vH der Größe des „Mutterlandes“ aus<sup>48</sup> (ohne Alaska, das noch in der vorimperialistischen Zeit, 1867, von Rußland käuflich erworben wurde).

Aber selbst diese verhältnismäßig geringfügigen Gebietserweiterungen wären den Gründern dieses Staates unglaublich erschienen, waren sie doch der Meinung, daß man „Raum genug für die Nachkommen bis ins hundertste und tausendste Glied“ besäße, so daß es das Volk zu keiner Zeit nötig haben würde, „sich an der Arbeitsbank oder am Spinnrocken zu betätigen“<sup>49</sup>. Im Gegensatz zu dieser optimistischen Ansicht industrialisierte sich jedoch das Land bei rasch zunehmender Einwanderung so stark, daß bereits in der dritten Generation

---

<sup>45</sup> Vgl. S. 59.

<sup>46</sup> Vgl. S. 68.

<sup>47</sup> Vgl. S. 55.

<sup>48</sup> Vgl. die Zahlenübersicht S. 50.

<sup>49</sup> Nach Morison-Commager: *The Growth of the American Republic*, 1949.

die landwirtschaftliche Produktion übertroffen wurde: Um 1870, etwa zur gleichen Zeit wie Deutschland, waren die Vereinigten Staaten im Begriff, zu einem überwiegenden Industriestaat zu werden. Kennzeichnend war besonders die Entwicklung des Außenhandels, der von 400 Mill. Dollar im Jahre 1865 bis 1890 auf das Vierfache anstieg, wobei Industrieerzeugnisse auf der Ausfuhrseite in wachsendem Maße beteiligt waren<sup>50</sup>.

Da um diese Zeit der Westen in die Besiedlung einbezogen war, trat auch in diesem zweiten abgerundeten „Großraum“ bei Zusammendrängung der Massen in den Städten<sup>51</sup> und stetig ansteigender Einwanderung<sup>52</sup> das Gefühl der Beengung hervor. Die Folge war hier wie anderswo der Drang nach außen, der Imperialismus, der jedoch aus ideologischen und auch aus wirtschaftlichen Gründen, wegen der Größe des Binnenmarktes, ein gewisses Maß hielt. Hatte die Monroe-Doktrin (1823) als Zeichen wachsender Stärke und zur Abwehr von Gebietsansprüchen der europäischen Großmächte die Losung „Amerika den Amerikanern“ ausgegeben, so betrachteten sich die USA jetzt, aus der Isolierung heraustretend, als die kontinentale „Vormacht“ im Konkurrenzkampf mit der „Alten Welt“. In einem politischen Kräftemessen wurde Spanien 1898 nach einem erfolgreichen Kriege im Pariser Frieden gezwungen, Kolonialgebiet abzutreten, auf Cuba zu verzichten und gegen eine Entschädigung von 20 Millionen Dollar die Philippinen und Puerto Rico abzutreten<sup>53</sup>.

Wirtschaftlich laufen die Bestrebungen noch heute vor allem auf einen engeren Zusammenschluß, auf ein „Panamerika“ hinaus. Infolgedessen hat sich der interamerikanische Gütertausch ständig verdichtet. 1891—1900 betrug der Außenhandel der USA mit Südamerika 3,4 vH (Ausfuhr) bzw. 14,1 vH (Einfuhr); 1950 lauteten die entsprechenden Zahlen 13,1 vH bzw. 22,2 vH<sup>54</sup>. Nicht minder aufschlußreich waren die Kapitalbewegungen. Von den 2,6 Mrd. Dollar Auslandsanlagen entfiel 1913 der Hauptanteil, etwa die Hälfte, auf Lateinamerika, während Kanada mit 29 vH bedacht wurde, und Europa sich mit 13 vH abfinden mußte<sup>55</sup>.

<sup>50</sup> Vgl. die Zahlenübersicht S. 54.

<sup>51</sup> 1910 war beinahe schon die Hälfte der Bevölkerung in den Städten untergebracht, vgl. Fußnote 27.

<sup>52</sup> Im letzten Jahrzehnt des alten Jahrhunderts betrug die Einwanderung 3,7 Millionen, im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts 8,8 Millionen; das war die höchste jemals erreichte Zahl.

<sup>53</sup> Seitdem die Philippinen im Jahre 1946 ihre Selbständigkeit wiedererlangt haben, sind die USA praktisch ein Land ohne Kolonialbesitz.

<sup>54</sup> „Statistical Abstract of the United States“ 1951.

<sup>55</sup> Nach „Moody's Investors Service“. Vgl. auch Fußnote 6.

Zum Teil sind diese auf Kosten Europas errungenen Erfolge allerdings kriegs- und krisenbedingt, zum Teil sind sie aber auch durch Unterschiede in der Wirtschaftsordnung belastet, die in der Nationalisierung der mexikanischen Ölindustrie (1938) und der bolivianischen Zinngruben (1952) sowie neuerdings in der Enteignung der „United Fruit Co“ in Guatemala ihren „antiimperialistischen“, d. h. gegen die USA gerichteten stimmungsmäßigen Ausdruck gefunden haben. Naturgemäß wirken diese Spannungen auch auf die politischen Einigungsbestrebungen zurück. Selbst der Zusammenschluß der die strategisch wichtige Landenge bildenden sechs Kleinstaaten zu einer „Zentralamerikanischen Union“ (der siebente, Britisch-Honduras, kommt hierfür nicht in Frage) erleidet immer wieder von neuem Rückschläge. Infolge starker Interessengegensätze und Sondereinigungsbestrebungen („ABC“-Staaten, argentinisch-chilenische Zollverbindung, „Paniberismus“) blieb auch die 1948 geschaffene „Organisation der amerikanischen Staaten“ (OAS) auf allgemeinpolitisches, kulturelles und rechtliches Gebiet beschränkt; zwar einigte man sich auf eine „wirtschaftliche Zusammenarbeit“, jedoch steht ein kontinentalamerikanischer Zollabschluß schon seit langem außerhalb der Diskussion.

Um so stärker machen sich derartige Tendenzen noch heute, den engeren Zusammenschluß der NATO-Staaten behindernd und den Abbau des europäischen Dollardefizits erschwerend, in den USA selbst bemerkbar<sup>56</sup>, deren Wirtschaftsaufbau sich von Anfang an im Schutze der Zölle vollzog. Obwohl es auch in der Vergangenheit an Versuchen zu ihrer Verringerung nicht gefehlt hat, blieben sie dauernd hoch. Erst 1882 wurden sie „als eine rechtmäßige Honorierung der Anschauungen der öffentlichen Meinung und als ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Verbrauchern“, der sich letztlich, so glaubte der Gesetzgeber versichern zu können, auch auf die speziellen Interessen der Industrie günstig auswirken würde, um etwa 20 vH gesenkt. Und erst kurz vor dem ersten Weltkriege paßte der Underwood-Zolltarif nach zwischendurch erfolgter Erhöhung die Zölle einigermaßen an das Weltzollsystem an, und zwar dadurch, daß er eine durchschnittliche Senkung von 37 vH auf 27 vH herbeiführte, wobei wichtige Waren, wie Schienen, Erze, Wolle, Kohle, Holz und viele landwirtschaftliche Erzeugnisse frei eingeführt werden konnten.

Diese Einfuhrfreiheit und die zwar noch hohen, aber für die ausländische Konkurrenz tragbaren Zollsätze kamen gleichermaßen der amerikanischen Wirtschaft zugute, wie sie der Zusammenballung der Industrie in „Monopolen“ entgegenwirkte. Jedenfalls erschienen sie

---

<sup>56</sup> Die „State of the Union“ Botschaft des neuen Staatspräsidenten hat inzwischen eine Überprüfung der amerikanischen Einfuhrpolitik angekündigt.

zweckmäßiger als die im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts von vielen Regierungen gegen Marktbeherrschungsversuche ergriffenen staatlichen Maßnahmen. Deshalb hatten die Worte des amerikanischen Präsidenten Wilson „das Ziel, das wir von jetzt ab mit den Zöllen verfolgen, muß in einer wirksamen Konkurrenz bestehen, in einer Schärfung des amerikanischen Geistes in der Konkurrenz mit dem Geiste der übrigen Welt“, auch eine gewisse innerwirtschaftliche Bedeutung.

Rußland<sup>57</sup> schließlich kann als Vertreter des rein machtpolitischen Typs, einer Art von Imperialismus bezeichnet werden, den es, mit dem Wesen des Staates aufs engste verbunden<sup>58</sup>, zu allen Zeiten gegeben hat. Seine besondere Prägung fand er in diesem Falle vor allem im „Panslawismus“. Eine geistig-moralische Rechtfertigung und Ausdrucksform einer „Mission“, die alle Imperialismen aus sich heraus zu entwickeln pflegen<sup>59</sup>, wodurch sie zugleich als kulturelle Strömungen der Zeit erscheinen. Entscheidend waren jedoch in der Regel, wie wir gleichfalls feststellen konnten, sehr reale Absichten, nämlich die Erringung einer Vormacht- oder „Führungs“-stellung (zuweilen als „Schutzmacht“ deklariert), die Rußland vor allem auf dem Balkan erstrebte. Durch die räumliche Berührung mit der „Meerengenfrage“ leitete dieses Verlangen zu der anderen Forderung nach freien Zugängen zum offenen Meer, insbesondere zu eisfreien Häfen, auch im pazifischen Raum über.

Das waren Sonderinteressen, die bei den Großmächten je nach Lage und Eigenheit wechselten. Kennzeichnenderweise spielte jedoch die allen gemeinsame Grundfrage<sup>60</sup>, das Bevölkerungsproblem, selbst in dem russischen Staate als dem Besitzer der größten zusammenhängenden Landfläche von einem Sechstel der Erde (20 Mill. qkm) und geringerer Bevölkerungsdichte (1950 etwa 10 Menschen je qkm, auf die Gesamtfläche berechnet, gegen 280 in Belgien und 290 in England) eine beachtliche Rolle. Sie äußerte sich vor allem darin, daß im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts mehr als eine halbe Million russische Staatsbürger, insbesondere auch solche jüdischen Glaubens, nach den Vereinigten Staaten auswanderten, eine Zahl, die sich im ersten

<sup>57</sup> An dieser Stelle ist nur von dem Vorkriegsrußland die Rede, zumal sich dessen imperialistische Ziele mit denen des bolschewistischen Rußlands, was die Stoßrichtungen betrifft, vielfach gleichen.

<sup>58</sup> Vgl. meinen Aufsatz „Das Gesetz der wachsenden Souveränität“ in „Schmollers Jahrbuch“ 73. Jg. (1953) Heft 6. Eine auf breiterer geschichtlicher Grundlage aufgebaute Untersuchung soll als selbständige Arbeit folgen.

<sup>59</sup> Vgl. S. 59 und 68.

<sup>60</sup> Vgl. die Zahlenübersicht S. 60.

Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts verdreifachte.

Neben rein menschlichen Ursachen waren es vor allem die sozialen Mißstände und hauptsächlich der landwirtschaftliche Großbesitz, die selbst in diesem „Wirtschaftsgroßraum“ das Gefühl einer Raumnot entstehen ließen<sup>61</sup>, die die Wanderungen auslöste. Wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen, wie die Agrarreform von 1910, kamen zu spät. Gleiches galt von der Industrialisierung des Landes, die überdies unter gewissen politischen Rücksichten litt. Unter Umgehung Deutschlands erfolgten die notwendigen Kapitalzufuhren vorzüglich aus England und besonders aus Frankreich, dessen Guthaben bis zum ersten Weltkriege den Wert von zehn Milliarden Goldfranken erreichten. So wurde die wachsende Radikalisierung im Innern durch zunehmende internationale Spannungen begleitet, die sich seit dem englisch-russischen Verträge von 1907 ganz eindeutig gegen die Mittelmächte richteten.

Der erste Weltkrieg, in den alle diese Bestrebungen ein- und ausmündeten, zeigte, daß sie größtenteils unnötig und daher unrichtig waren. Aus einer „Geopolitik“<sup>62</sup>, aus Raumangst geboren, war der Imperialismus bei aller Realität und Rivalität der Handelsinteressen eine vorwiegend gefühlbestimmte Äußerung und insofern ein nicht unverschuldeter politischer Kurzschluß. Deshalb ist der Ausspruch einer seiner Führer, Ld. George<sup>63</sup>, wohl begründet, daß die Katastrophe — von einer „Gesetzmäßigkeit“, wie sie der Leninismus-Stalinismus behauptet, nicht zu reden — mit Wahrscheinlichkeit vermieden worden wäre, wenn in allen Staaten Männer mit klarem Blick für die Wirklichkeit die Führung gehabt hätten<sup>64</sup>.

<sup>61</sup> Die „Geschichte der KPdSU (B)“ spricht davon, daß Massen von Bauern „vor Landhunger erstickten“, eine Kennzeichnung der Lage, die, obwohl als einseitige Kritik des zaristischen Systems zu werten, gleichwohl einen Kern von Wahrheit enthält.

<sup>62</sup> Eine „Geopolitik“ hat weder praktisch noch theoretisch eine ausreichende Grundlage. Denn die geographischen Gegebenheiten sind für die Politik nicht mehr als ein Faktor unter vielen, der überdies im Zeitalter der Weltintegration an Bedeutung mehr und mehr einbüßt.

<sup>63</sup> B. Shaw, dessen Denkweise in einer anderen Richtung kennzeichnend ist, vertrat ihm gegenüber den entgegengesetzten Standpunkt. Wie er in „The intelligent Woman's Guide to Sozialism and Capitalism“ (London 1929) ausführte, begann der erste Weltkrieg an jenem Tage, als das erste Schiff nach Afrika auslief, um den Eingeborenen Dinge „anzudrehen“, die weder wir noch sie gebrauchen konnten. Und andere, schlimmere Kriege würden folgen, so prophezeite er, „if we persist in depending on Capitalism of our livelihood and our morals“.

<sup>64</sup> Damit ist zugleich das Urteil über den zweiten Weltkrieg gesprochen, den Churchill als den „überflüssigen Krieg“ bezeichnete.

Das galt in erster Linie im Hinblick auf die Weltwirtschaft. Denn während man ihre Vorteile unterschätzte, wurden ihre möglichen staatspolitischen Rückwirkungen überschätzt<sup>65</sup>. Und zwar aus der Befürchtung heraus, daß die rasch wachsende „Abhängigkeit“ vom Auslande die Notautarkie des Staates „im Ernstfall“ und damit auch seine militärische Sicherheit und Souveränität beeinträchtigen müßte<sup>66</sup>. Andererseits versuchte man sich in der Wirtschaft, aber auch in anderen Kreisen<sup>67</sup>, über die Schwierigkeiten hinwegzutäuschen, und zwar in der Hoffnung, „die internationale Finanzverflechtung“ werde einen Krieg nicht nur verhindern, sondern unmöglich machen.

Um so größer war die Überraschung, als der Krieg, allen derartigen Spekulationen zum Hohn dennoch Wirklichkeit wurde und sich die antimerkantilistische Erkenntnis Bahn brach: „Im Kriege spielt Geld keine Rolle“. Von wirklich entscheidender Bedeutung waren tatsächlich die Versorgungsmöglichkeiten der Volkswirtschaften. Von ihnen hing im „totalen“ Kriege alles ab. Gingen einem Staate Lebensmittel und Rohstoffe aus, dann war das gleichbedeutend mit seiner sicheren Niederlage. Daß für einen Staat wie England, wo infolge der Freihandelspolitik nur noch 10 bis 15 vH der Nahrungsmittel im eigenen Lande gewonnen wurden, Gefahr bestand, lag auf der Hand. Aber diese Gefahr konnte nicht durch eine Empirewirtschaftspolitik gebannt werden. Denn die besten Zollabkommen — das galt in ähnlicher Weise auch von den anderen Mächten — wären unwirksam gewesen, wenn die Verbindungen nicht unter allen Umständen aufrecht erhalten werden konnten.

Das war das Wichtigste und ein Gedanke, der tatsächlich, wenn auch allzu einseitig, im Vordergrund der Weltpolitik stand. Er trug erheblich zur Beschleunigung des Rüstungswettlaufs, eines weiteren Kennzeichens des Imperialismus, bei. Finanziell spiegelten sich diese Bestrebungen vor allem im Militäretat wider, der in England von 533 Millionen Mark (1875) auf 1540 Millionen Mark (1913/14), in Deutschland von 426 Millionen Mark (1881/82) auf 1411 Millionen Mark (1913/14) anwuchs.

Auf englischer Seite kamen dazu noch die Rüstungsaufwendungen der Dominien, die an der Aufrechterhaltung der britischen Seeherrschaft in gleicher Weise interessiert waren. In welchem Maße das für erforderlich erachtet wurde, zeigte sich insbesondere darin, daß die britische Admiralität schon Ende der 80er Jahre den Ausbau der Flotte im Verhältnis 3 : 2 zur nächstgrößten Seemacht verlangt und

---

<sup>65</sup> Vgl. Fußnote 29 und S. 78 ff.

<sup>66</sup> Vgl. hierzu meinen Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch“ a.a.O.

<sup>67</sup> Vgl. S. 85.

durchgesetzt hatte. Da um jene Zeit das imperialistische Vertragsnetz noch nicht geschlossen war und England mit mehreren Seemächten als Gegner rechnen mußte, wurde daraus der sogenannte „Two power standard“, der Zweimächtestandard, d. h. die englische Flotte sollte so stark sein wie die beiden nächststarken zusammen. Schien es zunächst, als ob Deutschland mit Hilfe der modernsten Technik dieses Übergewicht auszugleichen vermöchte — das bei Kriegsbeginn erstmals zum Einsatz gebrachte halbe Dutzend U-Boote legte durch sein Erscheinen mehr als die Hälfte des britischen Überseeverkehrs lahm —, so kehrte sich in demselben Maße wie diese gefürchtete Angriffswaffe abstumpfte (eine Erfahrung, die in der Kriegsgeschichte immer wiederkehrt) das Verhältnis um: die Wirtschaftsblockade brachte Deutschland zum Erliegen.

Aber das war nicht, wie später zur Rechtfertigung einer Autarkiepolitik gesagt wurde, die Folge einer verkehrten Weltmarktpolitik. Im Gegenteil: Nur die Weltmarktpolitik ermöglichte den Unterhalt des stark wachsenden Volkes und auch — die Rüstung. Im Zeichen der „Vierjahrespläne“ konnten diese weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht gründlich erörtert werden<sup>68</sup>. Heute haben sie nur noch historische Bedeutung, doch scheinen sie wegen ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit, besonders auch im Rahmen unseres Themas, der kurzen Erwähnung wert.

Daß sich während des ersten Weltkrieges schwere Versorgungsmängel zeigten, war allein oder hauptsächlich die Folge davon, daß das Problem der Kriegswirtschaft, das sich in dieser Form noch niemals gestellt hatte, nicht erkannt wurde. In der Laissez-faire-Ideologie befangen, war man ratlos, wie bei einer so hochgradigen Abhängigkeit vom Auslande die Notautarkie und damit die Sicherheit des Staates hätte gewährleistet werden sollen. Zu spät erkannte man, daß das Ganze im wesentlichen eine Organisationsfrage war und ist. Dazu kam eine Überschätzung der Technik im allgemeinen, die einen langen Krieg unmöglich erscheinen ließ. Infolgedessen unterließ man jede kriegswirtschaftliche Vorratspolitik. Ein Umstand, der die Wirtschaftspolitik vieler kriegführender Staaten kennzeichnete, und der als Beweis ihrer unbedingten Friedensliebe gelten könnte, wenn er nicht von anderen schweren Fehlern geleitet gewesen wäre. So erfolgten im ersten Kriegsmonat aus Ostdeutschland noch umfangreiche Getreidevers Schiffungen im Rahmen des damaligen Ausfuhrscheinsystems. Vor

---

<sup>68</sup> Verfasser schrieb darüber — mit durchaus negativem persönlichen Erfolg — im „Österreichischen Volkswirt“ unter der Schlagzeile „Volkswirtschaft — Wehrwirtschaft — Weltwirtschaft“ (November/Dezember 1937).

allem aber wurden die vom Großhandel aus den Weltmärkten zusammengeholten Bestände, wie wir uns erinnern, in einer, man muß schon sagen leichtfertigen Weise verwirtschaftet.

Bei 80 bis 85 vH (heute sind es bis 65 vH) landwirtschaftlicher Eigenversorgung Deutschlands, war das Bestimmende der Einsatz der Arbeitskräfte und das Problem, wie man zwischen den eigentlichen Verteidigungsaufgaben und der Wirtschaft zu wählen hatte. Einige wenige, wirklich gefährliche „Engpässe“, wie der für die Munitionsherstellung und die Landwirtschaft gleich wichtige Bedarf an Stickstoff, der im Frieden aus Übersee gedeckt worden war, wurden durch die Wissenschaft (Stickstoffgewinnung aus der Luft) vorzüglich, nämlich durch die Schaffung einer ganz neuen Friedensindustrie, überbrückt, so daß kein Mangel bestand. Auch an den kriegsnotwendigen Buntmetallen fehlte es nicht in entscheidender Weise. Durch Verwertung der großen Altkupferbestände zum Beispiel, an Kesseln und Gebrauchsgegenstände aller Art, die sich als Zeichen eines wachsenden Wohlstandes und als sinnfälliger Ausdruck der Vorteile einer Weltwirtschaft überall angehäuft hatten, konnten von den militärischen Erfassungsbehörden sogar noch große Vorräte zusammengebracht werden<sup>69</sup>, die bei Kriegsende auf 31 000 t geschätzt wurden. Das entsprach beinahe der jährlichen Friedensproduktion Deutschlands an Reinkupfer (1913 = 49 500 t), so daß wir in der ersten Nachkriegszeit als Käufer auf dem Weltkupfermarkt überhaupt nicht in Erscheinung traten.

Ein entscheidender Mangel zeigte sich dagegen — und das kennzeichnet das Problem der Wehr- und Kriegswirtschaft mit aller Deutlichkeit — in den Grundstoffen, mit denen man völlig ausreichend versorgt zu sein glaubte, nämlich Kohle und Stahl. Tatsächlich waren auch die Kohlenvorräte in fast allen kriegführenden Staaten ausreichend vorhanden, aber unter der Erde. Um sie zu heben, waren Menschenkräfte erforderlich — die die Front anforderte. Aus diesem Widerstreit der kriegsmäßig veränderten Grundinteressen von Staat und Wirtschaft erklärt sich, daß die Kohlenförderung, zum Teil auch als Folge der schlechten Ernährungsweise und der abgenutzten Anlagen, in allen Staaten (nur die USA mit ihren reichen Reserven machten eine Ausnahme) beträchtlich zurückging. Wenn im folgenden einige Ziffern wiedergegeben werden<sup>70</sup>, dann ist dabei weiterhin zu berücksichtigen, daß sich die streng rationierte Kohle auch der Beschaffenheit nach stark verschlechterte:

---

<sup>69</sup> „Wirtschaft und Statistik“, 1922, S. 694.

<sup>70</sup> „Wirtschaft und Statistik“ 1921, S. 251.



## Kohlenförderung im ersten Weltkriege

Jahr	Vereinigte Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutschland
	Millionen Tonnen			
1913	517,1	292,0	40,1	191,5
	1913 = 100			
1914	93	92	74	84
1915	90	88	47	77
1916	104	89	51	83
1917	115	86	69	88
1918	119	79	66	84

Die unmittelbare Folge dieser verminderten Schichtleistungen und des in gleicher Weise sich geltend machenden Arbeitermangels (und Rohstoffmangels) war ein unverhältnismäßig größeres Absinken der Eisen- und Stahlerzeugung, der ein erhöhter, durch die „Materialschlachten“ bedingter Rüstungsbedarf gegenüberstand. Während Frankreich den Verlust wichtiger Erzeugungsgebiete im Verlauf des Krieges durch Einfuhren aus den Vereinigten Staaten mehr und mehr ausgleichen konnte, mußte Deutschland auch noch seine Verbündeten mit dem Nötigsten versorgen<sup>71</sup>.

Roheisenerzeugung im ersten Weltkriege<sup>72</sup>

Jahr	Vereinigte Staaten	Großbritannien	Frankreich	Deutschland
	Millionen Tonnen			
1913	31,5	10,4	5,2	19,3
1914	23,7	9,1	2,7	12,6
1915	30,4	8,9	0,6	10,2
1916	40,1	9,2	1,3	11,3
1917	39,3	9,6	1,4	11,6
1918	39,7	9,2	1,3	10,7

Da Kohle nicht nur die Grundlage der Eisenindustrie, sondern der gesamten Wirtschaft bildet, ergaben sich besonders vom dritten Kriegsjahr ab, durch die fast lückenlos gewordene Blockade verschärft, Versorgungsschwierigkeiten, die bei ständig wachsender Materialüberlegenheit der Alliierten die militärische Niederlage Deutschlands unvermeidlich machten.

<sup>71</sup> Die Roheisenerzeugung Österreich-Ungarns, 1913 = 2,4 Mill. t, fiel nur wenig ins Gewicht, dagegen war sein Bedarf an Steinkohle um so größer.

<sup>72</sup> „Wirtschaft und Statistik“ 1921, S. 448.

## II. Wesen und Begriff des Imperialismus

Überblickt man diese verwirrende geschichtliche Vielfalt, die, ohne auch nur annähernd vollständig zu sein, doch die wichtigsten Bestandteile der Erscheinung des Imperialismus, aus dem sich das Volk-Staat-Wirtschaft-Problem besonders klar herausgeschält hat, zum Ausdruck bringt, so wird man geneigt sein, O. Spann<sup>73</sup> zuzustimmen, der die Meinung vertrat, daß es sich um einen gesellschaftswissenschaftlichen Unbegriff handele. Und doch geht es zweifellos nicht nur um ein bloßes „parteiliches Schlagwort“, sondern um weit mehr, um ein tatsächliches Geschehen. Es soll hier nicht der beinahe aussichtslose und zudem unlohnende Versuch unternommen werden, alle zu irgendeiner Zeit entstandenen Begriffsbildungen zusammenzutragen<sup>74</sup>. Vielmehr soll eine systematische Auslese getroffen werden derart, daß, von der weitesten Fassung ausgehend, das Problem so lange eingekreist wird, bis sein erfahrungsmäßiger Kern übrig bleibt.

Beginnen wir also bei Schumpeter<sup>75</sup>, der den Imperialismus als „die objektlose Disposition eines Staates zu gewaltsamer Expansion ohne angebbare Grenzen“ definiert<sup>76</sup>. Infolge seiner idealistischen Grundhaltung erscheint ihm der Imperialismus als Geist. Aber nur unter bestimmten Bedingungen erkennt er ihm Berechtigung zu. Geschichtlich weit ausholend, bezeichnet er den „typischen Imperialismus“ der Ägypter und besonders der Assyrer als „selbstmörderisch und völlig sinnlos“<sup>77</sup>, während er ein entsprechendes Verhalten der iranischen Arier, die durch die „geographische Verumständung“, also sozusagen notgedrungen zu Kriegern wurden, für berechtigt hält<sup>78</sup>. Späterhin habe jedoch eine solche „psychische Disposition“, aus jener Lebenshaltung entstanden, aber zum „Dauertypus“ geworden, nicht als Anlage der staatlichen Gemeinschaft als solcher, sondern einer Klasse<sup>79</sup> „objektlos“ weitergewirkt. Demgemäß kennzeichnet er den Imperialismus als ein „Überlebsel“ aus den vergangenen (nicht aus den gegenwärtigen) Produktionsverhältnissen, als einen „Atavismus der

<sup>73</sup> Spann, O.: Artikel „Imperialismus“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“.

<sup>74</sup> Eine reichhaltige Übersicht, namentlich über die ältere Literatur, bietet Hashagen, J.: „Der Imperialismus als Begriff.“ In: „Weltwirtschaftliches Archiv“, Bd. 15 (1919/20), S. 157 ff. Vgl. auch Bd. 26.

<sup>75</sup> Schumpeter, J.: Zur Soziologie der Imperialismen. Tübingen 1919.

<sup>76</sup> Schumpeter, J.: a.a.O. S. 3.

<sup>77</sup> Schumpeter, J.: a.a.O. S. 17.

<sup>78</sup> Schumpeter, J.: a.a.O. S. 19.

<sup>79</sup> Schumpeter, J.: a.a.O. S. 38.

sozialen Struktur“ und individualistisch-psychische Gefühlsgewohn-Caesars und Napoleons, über den „feudalen Karolingisch-deutschen Herrscherimperialismus“ und den „Fürstenimperialismus“ bis zu seiheit<sup>80</sup>, die vom „Individualimperialismus“ Alexanders des Großen, nen gegenwärtigen Formen geführt habe. Auch hier wendet er strenge Maßstäbe an. So belegt er die Expansionspolitik eines Disraeli mit dem Ausdruck „Imperialismus der Phrase“<sup>81</sup>. Die Sprache der Tatsachen<sup>82</sup> ist jedoch in ihrer Härte schwerlich zu überhören, hier so wenig wie anderswo. Was sie bereits bei flüchtiger Betrachtung lehren, ist zum mindesten dies, daß der Imperialismus nicht lediglich eine „Disposition“, sondern eine — nicht selten blutige — Realität ist.

Beschränken wir unsere Betrachtung, wofür der Berechtigungsnachweis noch zu erbringen sein wird, auf jene Zeit, die heute überwiegend als die eigentlich „imperialistische“ bezeichnet wird<sup>83</sup>, so erscheint es weiterhin fraglich, ob die Charakterisierung dieser Expansion<sup>84</sup>, selbst im Falle des sogenannten „Kulturimperialismus“, der regelmäßig nur Verbrämung ist<sup>85</sup>, als „objektlos“ Gültigkeit besitzt. Denn es ist nicht zu verkennen, daß dieses Machtstreben, als das wir den Imperialismus vorläufig gekennzeichnet haben, auf bestimmte Objekte gerichtet ist, nämlich auf fremde Räume, um sich auf diese Weise machtpolitische, volkliche, handelspolitische oder sonstige Vorteile zu verschaffen und zu sichern. Da dieser Drang von innen her über den Staatsraum hinaus erfolgt, hat man geglaubt, von einem „inneren Imperialismus“ sprechen zu sollen<sup>86</sup>. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch nur um zwei Seiten ein und derselben Sache. Aus Gründen, die ich im großen geschichtlichen Zusammenhange zu erfassen und darzustellen versucht habe<sup>87</sup>, entsteht bei den politischen Gemeinwesen in einem bestimmten Entwicklungsstadium hauptsächlich als Folge des Bevölkerungswachstums eine gesellschaftliche Konzentration von Kräften, die sich nach außen hin auswirken muß. Und zwar geschieht das mit Notwendigkeit. Die Folge sind Erscheinungen, wie sie ein englischer Historiker mit der Feststellung kennzeichnete, Großbritannien habe sein Weltreich „in einer Art geistiger Abwesenheit zusammen-

<sup>80</sup> Schumpeter, J.: a.a.O. S. 283.

<sup>81</sup> Schumpeter, J.: a.a.O. S. 21 ff.

<sup>82</sup> Vgl. S. 50 ff.

<sup>83</sup> Vgl. S. 90 ff.

<sup>84</sup> „Gewaltsame Expansion“ dürfte im Zeitalter der „Aufteilung der Welt“ eine Tautologie sein.

<sup>85</sup> Vgl. S. 58 ff. und 68.

<sup>86</sup> Vgl. Hashagen, a.a.O.

<sup>87</sup> Vgl. meinen Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch“ a.a.O.

gebracht“, was mit dem Verhalten anderer „Weltmächte“, die ähnlich planlos, vom Zufall bestimmt und ohne Rücksicht etwa auf wirtschaftliche Ertragsaussichten („Wüstensammlung“) vorgingen, übereinstimmt. Das Begriffsmerkmal, „ohne angebbare Grenzen“, das Schumpeter mit dem Imperialismus verbindet, erscheint also fürs erste bewiesen.

Das ist denn auch die Linie, an die man sich vielfach hält, wobei der Imperialismus als Ausdehnungsstreben „über sich selbst“, „über Europa hinaus“, „über fremde Völker“ oder ähnlich gefaßt wird<sup>88/89</sup>. Nur vereinzelt wird der Versuch unternommen, Richtung und Grenzen näher zu bestimmen. E. Schultze<sup>90</sup> zum Beispiel sieht sie darin, die Herrschaft eines Volkes „weiter auszudehnen, als der sprachlichen Zugehörigkeit seiner Bestandteile oder seinen natürlichen Grenzen entspricht“. Wenn diese „geopolitischen“ Gesichtspunkte in Deutschland und Italien auch vor und während des zweiten Weltkrieges eine gewisse Rolle gespielt haben, so wird man sie doch nicht allgemein als entscheidend ansehen können.

Allgemeinverbindlich waren hingegen jene Grenzen, die von den Umständen selbst gezogen wurden, und die sich in dem Zeitpunkt Geltung verschafften, als die „Aufteilung der Welt“<sup>91</sup> abgeschlossen war. Da die Bewegung als solche damit nicht zum Stehen kam, sondern nur andere Formen, besonders solche außenhandelspolitischer Art (Protektionismus, Monopolbildung u. a.) bevorzugte, ergibt sich, daß Begriffsbildungen, die allein auf den Umstand der Bodenbesitzergreifung abstellen<sup>92</sup>, als einseitig zu betrachten sind. Das gilt insbesondere für jene, in denen die Bildung von „Weltreichen“ — ein zu vager Begriff — als das Hauptmerkmal erscheint. Damit entfällt zugleich die Möglichkeit einer Unterscheidung von „altem“ und „neuem“ Imperialismus, die auf rein formalen Gesichtspunkten beruht. Denn was das „Imperium Romanum“, zum Beispiel, vom „British Empire“ unterscheidet, ist genau das, was den Imperialismus, wie wir ihn erleben, ausmacht, was ihn entstehen läßt, ihm Ziel und Richtung gibt. Und das sind, worauf noch näher einzugehen ist, die weltwirtschaftlichen Spannungen, die jenem fremd waren. Nichts kennzeichnet diese Zusammenhänge besser als die Tatsache, daß das britische Weltreich zwar gleichfalls eine politische Einheit bildete (wenn es sich auch an

<sup>88</sup> Vgl. Hashagen, a.a.O.

<sup>89</sup> So neuerdings auch Sulzbach: Artikel „Imperialismus“ im „Handwörterbuch der Soziologie“, Stuttgart 1931.

<sup>90</sup> Vgl. Hashagen, a.a.O.

<sup>91</sup> Vgl. S. 50 f.

<sup>92</sup> Vgl. die von Hashagen (a.a.O. S. 166) erwähnte Literatur.

Geschlossenheit mit jenem nicht messen konnte), daß es aber im Gegensatz zur Antike zu keiner Zeit seit dem Ende des Merkantilismus eine geschlossene ökonomische Einheit verkörperte, daß derartige Versuche zur Schaffung eines britischen Weltwirtschaftsreiches im Bereiche der Weltwirtschaft vielmehr stets mißlangen<sup>93</sup>. Darin liegt zugleich der Beweis, daß der Imperialismus nicht, wie man oft sagen hört, so alt ist wie der Staat selbst, sondern daß er eine Erscheinung der Neuzeit mit ihrer Industriewirtschaft darstellt.

Kann man heute wenigstens insoweit eine gewisse Übereinstimmung feststellen<sup>94</sup>, so gehen die Ansichten um so stärker auseinander, wenn es die Frage zu entscheiden gilt, zu wessen Nutzen, insbesondere in wessen wirtschaftlichem Interesse diese ausgreifende Politik erfolgt, mit deutlicheren Worten: wer die eigentlichen Träger des Imperialismus sind. Während die einen ein „Klasseninteresse“ am Werke sehen, sind die anderen überzeugt, daß ein staatliches oder Gemeininteresse vorliege.

Zur ersten Gruppe gehören, ihrer Denkweise entsprechend, die Vertreter des Marxismus<sup>95</sup>. Jedoch werden derartige Ansichten vereinzelt auch von Gegnern des historischen Materialismus verfochten. „Das Vaterland wird in Gefahr erklärt“, so formuliert es Schumpeter in sehr eindringlicher Form<sup>96</sup>, „wenn die Klasseninteressen in Gefahr sind“. In ähnlicher Weise bezeichnet v. Schulze-Gävernitz<sup>97</sup> den Imperialismus als „diejenige Stufe des kapitalistischen Zeitalters, in welcher das Finanzkapital mittels politischer Gewalt sich übernationaler Gebiete bemächtigt zwecks monopolistischer Ausbeutung ihrer Naturschätze, Rohstoffe und Arbeitskräfte (letzteres vielfach mittels Be-

---

<sup>93</sup> Daran haben auch die während der Weltwirtschaftskrise (1932) abgeschlossenen Verträge von Ottawa nichts Wesentliches zu ändern vermocht, denn das von ihnen geschaffene Empire-Präferenzsystem weist große Lücken und Schwächen auf (die jedoch stark genug sind, um eine zeitgemäße Integration zu belasten).

<sup>94</sup> Anderer Meinung zum Beispiel Sulzbach (a.a.O.), der die Ausklammerung des „vorkapitalistischen Imperialismus“ für methodisch unzulässig hält.

<sup>95</sup> In Marx' eigenem, ganz vom „Klassenkampf“ erfüllten Geschichtsbild ist für die entscheidenden Nationalkämpfe, insonderheit für eine Erscheinung wie den Imperialismus kein Platz, und gerade hierin offenbart sich die Fehlerhaftigkeit seiner „Entwicklungsgesetzlichkeit“ vielleicht am deutlichsten. Aber auch sein geistiger Nachfahr Lenin wurde offenbar erst durch den Eintritt der Katastrophe des ersten Weltkrieges von der Notwendigkeit einer „Weiterentwicklung“ der Marx'schen Theorie überzeugt (vgl. S. 45).

<sup>96</sup> Schumpeter, a.a.O., S. 38.

<sup>97</sup> v. Schulze-Gävernitz: „Amerikas Überimperialismus.“ In: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, München und Leipzig 1925.

steuerung) mit der Tendenz des autarken, alle Zonen umfassenden, alle Rohstoffe erzeugenden Weltreiches“.

Andererseits stehen nicht alle Sozialisten auf dem „Klassenstandpunkt“. Für Kautsky<sup>98</sup> beispielsweise ist Imperialismus „der Drang jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern...“, zu dem Zwecke, wie er ergänzend bemerkt, „die überschüssigen Kapitalien des Mutterlandes aufzunehmen und in seinem Interesse zu verwenden“, was schließlich zur Überwindung des Imperialismus durch seine Antithese, einen „Ultraimperialismus“ führen würde.

Eine Mittelstellung scheint K. Renner<sup>99</sup> einzunehmen mit seiner Definition: „Der politische Imperialismus ist die Außenpolitik von Staaten einer überreifen Bourgeoisie, die die rein politischen Machtmittel des Staates (Diplomatie, Heer, Kriegsflotte) zu ökonomischer Ausdehnung, zur Beherrschung oder Eroberung von Bezugs- und Absatzgebieten ihrer Industrie sowie von Kapitalanlagesphären benutzen.“

Das „Finanzkapital“ als das Entscheidende betrachtend, bezeichnet Lenin<sup>100</sup>, wieder ganz den „Klassenstandpunkt“ hervorkehrend, den Imperialismus als „die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole“, „des Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausbildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Verteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist“.

Bevor die begriffliche Klärung weitergeführt wird, seien hier, der zunehmenden Wirklichkeitsnähe nach geordnet, noch einige Definitionen eingefügt, die auf einem ganzheitlichen Denken im Sinne O. Spanns beruhen. „Unter Imperialismus versteht man“, so sagt H. Friedjung<sup>101</sup>, „den Drang der Völker und der Machthaber nach einem wachsenden Anteil an der Weltherrschaft, zunächst durch überseeischen Besitz.“ Imperialismus bedeutet nach Kobatsch<sup>102</sup>, „daß eine

<sup>98</sup> Zit. bei Hashagen, a.a.O. S. 179.

<sup>99</sup> Renner: *Marxismus, Krieg und Internationale*. Stuttgart 1918, S. 135.

<sup>100</sup> Lenin, W. J.: *Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus*, 1915. Die zweite, unmittelbar darauf folgende unveränderte Auflage trägt den Titel: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, was entwicklungsgemäß gesehen ein grundlegender Unterschied ist, worauf noch einzugehen sein wird.

<sup>101</sup> Friedjung, H.: *Das Zeitalter des Imperialismus 1884 bis 1914*. Berlin 1919/22, Bd. I, S. 5.

<sup>102</sup> Kobatsch: *Internationale Wirtschaftspolitik*, Wien 1907. Zit. bei Hashagen a.a.O.

große und hochentwickelte Nationalwirtschaft außer ihrem Stammlande mehr oder weniger zahlreiche andere Nationalwirtschaften in den Machtbereich der Internationalen Wirtschaftspolitik zu bringen strebt“. Dix<sup>103</sup> endlich sieht das Wesen des Imperialismus in einem „Weltmachtwachstumswillen“, einem Streben nach Weltmacht, „die beseelt ist von dem Willen, sich auszuwachsen gemäß den Bedürfnissen ihres Volkstums und ihrer Volkswirtschaft“.

Gehen wir nun unserem Schema entsprechend an die Frage heran, ob es sich beim Imperialismus um ein „Klasseninteresse“ handele oder nicht, so werden uns Betrachtungen, wie sie Sulzbach<sup>104</sup> anstellt, von Nutzen sein. Ähnlich wie Schumpeter unterscheidet auch er einen „Fürstenimperialismus“ als „Klassenimperialismus“. Da hier nur einer oder wenige herrschten, profitierten sie, so meint er, wenn der Staat erfolgreich expandierte, denn die Zahl der Herrschenden blieb die gleiche, während die Zahl der Unterworfenen zunahm. Zwar läßt sich denken, und die Erfahrung bestätigt es, daß Eroberungen, um ein anderes Wort zu gebrauchen, auch dem Volke zugute kommen konnten, in Form von Verbesserungen der Lebenshaltung oder in Gestalt von Steuererleichterungen, die ein leistungsfähigerer Raum (wenn auch vielleicht erst kommenden Generationen) ermöglichte. Auf eine solche Politik hatten die Massen jedoch keinerlei Einfluß, und insofern mag diese Art von Imperialismus, wenn man sie begrifflich gelten lassen will<sup>105</sup>, „rational restlos verständlich“ erscheinen.

Dagegen ist es unbegreiflich und unerklärlich, und darin wird man Sulzbach unbedingt zustimmen, wie es in einem demokratisch regierten Staate, bei freien Wahlen, einer „Klasse“ möglich sein sollte, selbst wenn sie die Propaganda weitgehend beherrschte, dem ganzen Volke oder bestimmten Teilen eine Auffassung einzureden und aufzuzwingen, die über die Selbstverleugnung der eigenen Interessen hinaus bis zur Selbstaufopferung für die Interessen der anderen im Kriege ginge<sup>106</sup>. Eine solche Interessenillusion wäre derart, daß man sie nicht einmal denken mag. Deshalb wird man den Gemeinschafts- und Volkscharakter des Imperialismus als unbedingt vorhanden ansehen.

Aber Sulzbach hält den „nationalen Imperialismus“ im Gegensatz zum „Fürstenimperialismus“ auch noch aus einem anderen Grunde für widerspruchsvoll. Wenn, so folgert er, England Südafrika oder Deutschland Belgien annektierte — die Wahl dieses Beispiels zeigt

<sup>103</sup> Dix: Deutscher Imperialismus. 2. Auflage, Leipzig 1914.

<sup>104</sup> Sulzbach, a.a.O.

<sup>105</sup> Vgl. S. 92 f.

<sup>106</sup> Vgl. S. 69.

uns, wie weit sich die Welt in den letzten zehn Jahren vom imperialistischen Denken bereits entfernt hat, welcher politische Fortschritt seither tatsächlich erzielt worden ist, — so gehörten zu der bei den Siegern bestimmenden Schicht nicht einige wenige, sondern Millionen. Diese Millionen würden, wenn sie, im eigenen Interesse nach demokratischen Prinzipien verfahren, den Besiegten Gleichberechtigung gewährten, weder reicher, noch (individuell) mächtiger, noch angesehenere als früher sein. Und trotzdem glaubten sie an den wirtschaftlichen und politischen Wert des Imperialismus. Das sei, und hier befindet er sich wieder in Übereinstimmung mit Schumpeter, nur durch psychische Daten zu erklären, von denen er den „Willen zur Macht“, die „Freude am Kampf“, und die „Ehre der Nation“ hervorhebt. Zusammengefaßt im nationalen Patriotismus, sei eine solche Haltung jedoch das gerade Gegenteil von wirtschaftlichem Interessenskalkül. Paradoxaer Weise glaube man dennoch an die gleiche Interessenlage, die wirklich für die Fürsten gegolten habe. Daher kommt er zu dem Schluß: „Die Außenpolitik der demokratischen Nationen ist monarchistisch, ohne daß ihre Träger es ahnen“<sup>107</sup>.

Diese — scheinbaren — Widersprüche erklärt Friedjung<sup>108</sup> durch eine idealistische Dialektik im Hegelschen Sinne: „Als der nationale Gedanke“, so sagt er, „sich in der Hauptsache durchgesetzt hatte, schlug er in sein Gegenteil um. Die Völker begnügten sich nicht mit dem überkommenen oder neu errungenen Nationalstaat, sondern wollten sich zum Weltstaat ausweiten und damit einen möglichst großen Teil der Erde umspannen.“

Im Gegensatz zu derartigen Deutungsversuchen, die wir als konstruiert empfinden, wird heute ziemlich allgemein angenommen, daß eine der Hauptursachen der allgemeinen Expansion eine irgendwie geartete räumliche Beengung ist. Auf seinem Standpunkt verharrend, begegnet Sulzbach<sup>109</sup> einer solchen Annahme mit dem Hinweis, daß

---

<sup>107</sup> Sulzbach sieht ferner ein antidemokratisches Verhalten darin, daß kein Staat das Ausscheiden von Teilgebieten erlaube. Er nennt das „statischen“ (im Gegensatz zu „dynamischem“) Imperialismus. Damit wird in die Begriffsbildung ein Moment einbezogen, das zum Wesen des Staates selbst gehört. Andererseits bleibt die Tatsache unberücksichtigt, daß derartige Gebietslösungen tatsächlich vorgekommen sind (Großbritannien-Irland). Daß die Staatsverfassungen ein solches Recht nicht ausdrücklich verbriefen, ist dabei unwesentlich (soweit ich sehe, bildet die UdSSR mit ihrem Verfassungsartikel 17, der den Unionsrepubliken „das Recht auf freien Austritt“ garantiert, die einzige Ausnahme; aber gerade hier ist das Sezessionsrecht, wie besonders auch die Berliner Konferenz von 1954 gezeigt hat, praktisch problematisch). Vgl. S. 4.

<sup>108</sup> Friedjung, a.a.O. S. 5.

<sup>109</sup> Sulzbach, a.a.O.



es ja nicht die kleinsten, sondern gerade die größten Staaten seien, die sich imperialistisch betätigen. Diese an sich unbestreitbare Tatsache, der gegenüber der Kolonialimperialismus von Kleinstaaten wie Belgien und der Niederlande Ausnahmeharakter trägt, macht es erforderlich, die Vorstellung einer „Raumenge“, die vor allem beim Nationalsozialismus, als Sondererscheinung des Imperialismus, gekennzeichnet durch seine „nationalökonomische Konzeption der Außenpolitik“, eine bedeutsame Rolle spielte, genauer zu bestimmen.

Wie die geschichtliche Erfahrung lehrt<sup>110</sup>, ist für die Beurteilung dieses Tatbestandes nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie die Größe des Staatsraumes entscheidend. Maßgebend ist, mit Ausnahmen, die Bevölkerungsdichte. Aber doch auch wiederum nicht derart, daß das Ganze als ein ökonometrisches Problem betrachtet werden könnte. Offenbar wirken sich hier auch andere Faktoren aus, wie die unschätzbaren geistigen, moralischen und physischen Eigenschaften und Fähigkeiten der Völker. Sonst wäre unerklärlich, warum zum Beispiel die am stärksten besiedelten Länder, China<sup>111</sup> und Indien, keinen Imperialismus in dem hier vertretenen Sinne kennen. Jedenfalls nicht in seiner aktiven Form, passiv haben sie ihn allerdings erlebt, denn sie waren Amboß, nicht Hammer, wie ein mit Vorliebe gebrauchtes imperialistisches Schlagwort die Gruppierung in der „Weltpolitik“ um die Jahrhundertwende und nach 1933 kennzeichnete. Gegen eine schematische Auffassung der Dinge spricht auch die Tatsache, daß der Imperialismus in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden in der Form ist, obschon er, einer Zeitkrankheit vergleichbar, überall gleichzeitig zum Ausbruch kommt.

Was diese Frage betrifft, die zu dem angeschnittenen Problemkreis ohne Beziehung zu sein scheint, die uns jedoch nichtsdestoweniger wichtige Hinweise liefert, so begnügt man sich gewöhnlich mit der Angabe, daß der Imperialismus im letzten Viertel oder um die Jahrhundertwende entstanden sei. Ausnahmsweise nannte Friedjung<sup>112</sup> einen genauen Zeitpunkt als Entscheidung: das Jahr 1884. Ebensogut, so sagte er, könnte man auch das Jahr 1882 — die Besitznahme Ägyptens durch England — oder 1883 — den ersten Kolonialerwerb Deutschlands — als den Beginn bezeichnen. Weltbewegungen auf das Jahr genau zu bestimmen, scheint jedoch gewagt. Denn inmitten ihrer Strömung sind politische Entschlüsse, wie die genannten, mehr oder

---

<sup>110</sup> Vgl. S. 49 ff., 53 ff.

<sup>111</sup> Der Ausdehnungsdrang Chinas, der sich neuerdings bemerkbar macht, ist hauptsächlich ideologischer Art. Vgl. meinen Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch“, a.a.O., und S. 93.

<sup>112</sup> Friedjung, a.a.O.

weniger Zufälligkeiten. Wie kaum anders vorstellbar, ist der Imperialismus tief in den Zeitverhältnissen verwurzelt.

Bereits ein Blick in die Geschichte läßt erkennen, daß dem Bevölkerungswachstum auch in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zukommt. Gekennzeichnet vor allem durch eine bestimmte Tatsache: bei weiterer starker Vergrößerung der Menschenzahl<sup>113</sup> infolge Verminderung der Sterblichkeit, die hauptsächlich der zunehmenden Verbesserung der Lebenshaltung und der Gesundheitspflege zu danken ist, sinkt die Geburtenrate plötzlich ab.

Das ist eine ganz auffällige Erscheinung, besonders auch deshalb, weil sie sich über verschiedene „Kulturkreise“ erstreckt<sup>114</sup>. Eine rechte Erklärung hat man dafür bisher, soweit mir bekannt ist, noch nicht gefunden. Nicht selten wird sie mit einem gesteigerten Bedürfnis nach Zivilisation begründet. Aber warum sollte es gerade in jener Zeit und innerhalb weniger Jahre entstehen? Mit größerer Wahrscheinlichkeit wird man die Ursachen in den realen Lebensmöglichkeiten finden. Wir wissen nicht, ob damals Berechnungen darüber angestellt worden sind, daß 200 Millionen Menschen in Deutschland, 130 Millionen Menschen in England und entsprechend mehr in den anderen Industrieländern das Ergebnis des Bevölkerungswachstums im Jahre 2000 gewesen wäre, wenn es sich in dem bisherigen Tempo fortgesetzt hätte. Und doch müssen die Menschen gespürt haben, wie sehr sich während der ebenfalls bevölkerungsmäßig bedingten inneren Umwandlung der modernen Volkswirtschaften vom Agrarstaat zum überwiegenden Industriestaat, durch den Ausbruch einer großen Weltwirtschaftskrise jäh unterbrochen, die Lebensmöglichkeiten für einen solchen Massenzuwachs verminderten. Daher wahrscheinlich die freiwillige Geburtenkontrolle<sup>115</sup>. Ein Entschluß, der zu der Hoffnung berechtigt, daß die Geburtenfreudigkeit bei einer vernünftigen (internatio-

<sup>113</sup> Vgl. die Zahlenübersicht S. 60.

<sup>114</sup> Japan als jüngste Industriemacht bildete zunächst eine Ausnahme, — vielleicht weil es noch Ausdehnungsmöglichkeiten auf dem asiatischen Festlande sah? —, bis es kurz vor dem ersten Weltkrieg demselben schicksalhaften Geburtenschwund anheimfiel.

<sup>115</sup> G. Mackenroth bestreitet in seiner Bevölkerungslehre (1953 S. 479) diese volkhaftere Problematik. Bestünde ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Fruchtbarkeit und Wirtschaftslage, so schließt er, dann hätte jene in der folgenden Konjunkturperiode wieder zunehmen müssen. Zweifellos, und insofern wird man ihm zustimmen, waren damals die Grenzen des „Nahrungsspielraums“ nicht erreicht. Wie so oft in der Geschichte, riefen jedoch die Umstände, insbesondere die Zuspitzung der Weltlage, die eine allgemeine und nachhaltige Untergangsstimmung erzeugte, eine derartige Befürchtung hervor.

nen) Wirtschaftspolitik auch in der „Alten Welt“ mit ihrem kaum behaupteten Zweikindersystem wieder ansteigen wird.

Jedenfalls erscheint mir diese Erklärung jenes höchst merkwürdigen Bevölkerungsvorganges, dessen Höhepunkt in Deutschland auf das Jahr 1876 mit 40,9 Geburten auf 1000 Einwohner fällt, als die einzig mögliche. Und deshalb stehe ich auch nicht an, die kritische Wende — die Mitte der 70er Jahre —, da die Raumenge in das Bewußtsein der Massen der Industrievölker dringt und die entscheidende gesellschaftliche Reaktion herbeiführt, als den Anfang des Imperialismus, einer aus Bevölkerungswachstum und Souveränitätsstreben entstandenen politischen Überströmung des Kapitalismus zu bezeichnen.

Denn dieses, die staatliche Reaktion, ist die andere unmittelbare Triebkraft, die den Einsatz der politischen Zwangsmittel (Wehrmacht, Diplomatie und Finanzen) veranlaßt. Was sich hier auswirkt, ist das, was G. Schmoller<sup>116</sup> das „Gesetz der Autarkie“ nannte. Unter diesem Gesichtspunkt bezeichnet Eulenburg<sup>117</sup> den Imperialismus mit Recht als einen „atavistischen Fremdkörper“ im autarkiefeindlichen Getriebe der Weltwirtschaft.

Aber gerade das ist es, was den Staat auf den Plan ruft. Denn auf seine Autarkie, und wäre es auch nur die Notautarkie „im Ernstfall“, auf die dieses Streben im Ökonomischen Weltzeitalter zurückgeführt worden ist, kann der Staat nicht verzichten, ohne zugleich seine „Unabhängigkeit“ und Souveränität und damit seine Existenz preiszugeben. Jeder Staat — und daraus resultiert heute u. a. die Notwendigkeit einer politischen Integration — ist nur insoweit wirklich souverän, als er imstande ist, sich notfalls, solange mit kriegerischen Auseinandersetzungen zu rechnen ist, selbst versorgen und unterhalten kann.

Noch im Deutsch-französischen Kriege von 1870/71 spielten diese Gesichtspunkte keine Rolle; beide kämpfenden Staaten vermochten sich beliebig vom Auslande her sowohl wirtschaftlich als auch finanziell zu versorgen, aber sie waren darauf, und das war das Wesentliche, nicht entscheidend angewiesen. Das änderte sich in demselben Maße, wie die unter dem Bevölkerungsdruck sich vollziehende Industrialisierung eine immer größer werdende „Abhängigkeit vom Auslande“, von der Weltwirtschaft erzeugte. Einfuhren von Rohstoffen und Lebensmitteln sowie die zu ihrer Bezahlung notwendigen Ausfuhren waren nun nicht mehr nur wie bisher „Ergänzungshandel“, sondern Lebensnotwendigkeit. Und zwar für Wirtschaft und Staat.

---

<sup>116</sup> Vgl. meinen Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch“, a.a.O.

<sup>117</sup> Zit. bei Hashagen, a.a.O.

Um den Konkurrenzkampf auf den „sich verengenden Weltmärkten“ — eine bildhafte Ausdrucksweise, die den Anlaß zu einer Reihe irrtümlicher Theorien gegeben hat — besser bestehen zu können, schließen sich die Unternehmer mehr oder weniger gezwungen zu nationalen und internationalen Kartellen und Trusts zusammen. Da es sich weiterhin als notwendig erweist, immer mehr und immer umfangreichere und besonders langfristige Kredite, vor allem auch im Auslandgeschäft, zu gewähren, erlangt das „Finanzkapital“ entsprechende Bedeutung in seinen „Einflußsphären“. Sie dienen zugleich den Interessen des Staates, weil keine Garantie gegeben scheint<sup>118</sup>, daß die „Offene Tür“ zu den Weltmärkten bestehen bleibt. Deshalb das Streben des Staates nach einer „Großraumwirtschaft“, einem eigenen Wirtschafts-„Imperium“.

Allgemein und als Vorbestimmung des Begriffs kann man deshalb sagen: **Imperialismus ist Einbruch der Nationalpolitik in die Weltwirtschaft.** Entwicklungsgeschichtlich stellt er den Versuch dar, die vom Ökonomischen Weltzeitalter gegen Ende des 19. Jahrhunderts herbeigeführte Trennung von Wirtschaft (auf Weltbasis) und Politik (auf Nationalbasis) durch eine (Pseudo-) „Weltpolitik“, d. h. durch eine gewaltsame Integration zu überbrücken.

Daraus folgt zunächst, daß man auch begrifflich nicht zwischen einem wirtschaftlichen und einem politischen Imperialismus trennen kann<sup>119</sup>. Da ihre Gleichschaltung weiterhin zwar übernational, aber in national abhängiger Form — also anachronistisch — erfolgt, ist der Imperialismus nicht als ein Fortschritt, oder gar als das Schlußzeitalter der Menschheit, wie man gesagt hat, sondern als eine zeitbedingte von einer vorgeschobenen Stellung aus wieder auf die Nation zurücklaufende Bewegung, als ein politischer Rückschlag zu werten. Er ist, wie noch einmal betont werden soll, keine notwendige Entwicklungsfolge, die sich nach dem Gesetz der wachsenden Souveränität vollzieht<sup>120</sup>.

In dieser Hinsicht unterscheidet er sich vom Merkantilismus. Die Bezeichnung „Neumerkantilismus“ ist also insofern nicht zutreffend, wengleich sich die Erscheinungsformen ähneln. Wie damals und wie immer in der Geschichte, wenn „Großräume“ oder „geschlossene Räume“ gebildet werden, zeigen sich Tendenzen zum „Monopol“ und

<sup>118</sup> Vgl. S. 68.

<sup>119</sup> Nach den „Motiven“ unterscheidet Sombart (Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, Bd. I, S. 66 ff.) einen politischen, nationalen, religiösen, populationistischen und kapitalistischen Imperialismus.

<sup>120</sup> Vgl. meinen Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch“, a.a.O. und S. 76.

zur „Planwirtschaft“. Nur sind sie beim Imperialismus privatwirtschaftlicher Art, während sie beim Merkantilismus (und in der faschistischen Episode) amtlichen Charakter tragen. Hier wie da aber sind sie nicht Ursache, sondern Folge der Zeitströmung, die nicht durch diese äußeren Organisationsformen, sondern durch die innere, geschichtliche Dynamik gekennzeichnet und bestimmt wird, die keine rein ökonomische ist.

Andererseits ist sie aber auch nicht nur und nicht einmal vorwiegend politisch bedingt. Vom Expansionsstreben des Merkantilismus—Absolutismus kann gesagt werden, daß es sich nicht wesentlich von dem früherer Jahrhunderte und Jahrtausende unterschied. Der Beweis liegt darin, daß „nichtgroßräumige“, also die nichtkolonialen, die Binnenstaaten, durchaus zu einer „Großmachtpolitik“ befähigt und imstande waren. Nicht so in jener Periode, die geschichtlich eine Unterbrechung der Entwicklung zu einer politischen Weltorganisation ist, und die wir Imperialismus nennen. Bei ihm geht es, und deshalb trieben alle „Weltmächte“ ohne Ausnahme und ohne Rücksicht auf das Regierungs- und Wirtschaftssystem aus ihrer unzureichenden ökonomischen Versorgungslage heraus eine imperialistische „Integrations“-Politik<sup>121</sup>, nicht wie bisher — das ist der wesentliche Unterschied — lediglich um die Erweiterung der Macht, sondern um die Macht „an sich“, einschließlich ihrer wirtschaftlichen Grundlage, die über Sein oder Nichtsein der Völker entscheidet.

Fassen wir diese ausschlaggebenden Faktoren zusammen, so können wir den strittigen Begriff kurz, aber umfassend so definieren: Imperialismus ist das Streben der Industriegroßmächte, Staatsraum und Wirtschaftsraum in einem übernationalen Machtraum zu vereinigen.

---

<sup>121</sup> In besonderem Maße gilt das auch heute und erst jetzt von der Sowjetunion, deren Imperialismus, bisher rein politisch-ideologischer Art, damit in ein entscheidendes (ungenügend beachtetes) Stadium eingetreten ist.